ACSP, PT19931009-12

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

57. PARTEITAG

der

Christlich-Sozialen Union

Sitzung

am

Samstag, 09. Oktober 1993

in der Bayernhalle

in

München

* * *

ACSP, PT19931009-12

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

(Fortsetzung Inhaltsverzeichnis) Seite

Aussprache zum Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden 61

11. Entlastung des Parteivorstandes gemäß § 22 Abs. 2 e) der Satzung 67

12. Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes gemäß § 22 Abs. 2 f) der Satzung 70

a) Parteivorsitzender 72
Wahlergebnis 82
b) vier stellvertretende Parteivorsitzende 73
Wahlergebnisse 84
c) zwei Schatzmeister 86
d) zwei Schriftführer 90
e) 30 weitere Mitglieder 90

13. Wahl des Revisors und der beiden Kassenprüfer gemäß § 22 Abs. 2 g) der Satzung 96

14. Grußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Kohl (nicht protokolliert)

15. Verschiedenes 97

16. Schlußwort des Parteivorsitzenden (nicht protokolliert)

****

ACSP, PT19931009-12

Im Anschluß an die geistlichen Worte und die Grußworte von Dr. Brugger und Dr. Schäuble

Tagungspräsident Dr. Warnke: In Abänderung unserer Tagesordnung kommen wir jetzt zur Schlußabstimmung über das Grundsatzprogramm. Ich möchte denjenigen herzlich danken, die gestern bis 22 Uhr hier ausgehalten und es ermöglicht haben, daß wir in einer sechsstündigen konzentrierten Beratung die Kraft der Partei in diese Wegweisung über das Jahr 2000 hinaus voll eingebracht haben. Wir haben über sämtliche Anträge einzeln abgestimmt. Heute ist der Tag, an dem der Parteitag in seiner Gesamtheit die Zustimmung zu diesem Grundsatzprogramm zu geben hat. Um der Bedeutung dieser Abstimmung willen werden wir sie durch Aufstehen vornehmen.

Ich bitte jetzt diejenigen - Sie können Ihre Karte dabei hochhalten -, die dem Grundsatzprogramm, so wie es gestern verabschiedet worden ist, zustimmen, sich von ihrem Platz zu erheben. Danke sehr. Gegenstimmen? - 3 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Bei 3 Gegenstimmen ohne Enthaltungen ist das Grundsatzprogramm der CSU gebilligt.

(Anhaltender Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, Ihr Beifall ist der Dank an diejenigen, die das Grundsatzprogramm bewerkstelligt haben. Ich nenne stellvertretend für sie alle Ministerpräsident Edmund Stoiber, der in fünfjähriger unermüdlicher Arbeit dafür gesorgt hat, daß die CSU mit unverwechselbarer Handschrift in die Periode nach der Nachkriegszeit als eine konservative Kraft mit deutschland- und europaweitem Anspruch hineingehen kann.

(Anhaltender Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Ich danke dem Generalsekretär, der die Arbeit der Grundsatzkommission in diesen fünf Jahren umgesetzt hat, und ich danke mit ihm allen denen in der CSU-Landesleitung, die ihren Beitrag dazu geleistet haben, daß dieses Werk zustandekommen konnte. (Beifall)

Es sind immer noch Delegierte im Saal, die ihre Wahlunterlagen für die Vorstandswahlen nicht abgeholt haben. Ich bitte, das rechtzeitig zu tun, damit nicht, wenn die Wahlen aufgerufen werden, ein Exodus aus dem Saal stattfindet. Ich weise nochmals darauf hin, daß diese Unterlagen erst heute ausgegeben werden. Wer also gestern seiner Pflicht Genüge getan hat, muß sich trotzdem heute erneut Unterlagen abholen.

Ich begrüße Frau Maria Strauß, die Schwester unseres verstorbenen Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß. (Beifall) Wir freuen uns, verehrte Frau Strauß, daß Sie der Partei Ihres Bruders immer wieder Ihre Verbundenheit durch Ihre Anwesenheit bekunden.

TOP 8: Finanzieller Rechenschaftsbericht

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 8: Finanzieller Rechenschaftsbericht. Ein schriftlicher Rechenschaftsbericht ist im Anhang zum Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs verteilt worden. Für die mündliche Berichterstattung erteile ich dem Schatzmeister Dr. Kurt Faltlhauser das Wort.

Schatzmeister Dr. Faltlhauser: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich habe diesem Parteitag den finanziellen Rechenschaftsbericht für die letzten zwei Jahre vorzulegen. Ich gebe diesen Rechen-

Hergestellt im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

schaftsbericht auch für meinen Kollegen Otto Wiesheu ab, dem ich sehr herzlichen Dank sage für die exzellente Zusammenarbeit in diesen zwei Jahren.

Wir haben zu berichten, daß die Finanzen in den letzten zwei Jahren ordentlich und verantwortungsvoll geführt wurden, daß aber das Geld in diesen zwei Jahren bereits deutlich knapper wurde und die Mittel ab dem 01.01.1994 drastisch - ich wiederhole: drastisch - weniger werden. Unser Bericht ist daher vor allem von der Sorge um die Finanzierung in der Zukunft bestimmt.

Wie ist der Status unserer Finanzen? Die CSU hatte im Jahre 1992 ausweislich dem Bericht, der Ihnen vorliegt, ein Reinvermögen von 29,7 Millionen DM. Diese Zahl sagt aber nicht alles über die tatsächlichen Verhältnisse aus, denn die gesamten Gebietsverbände, angefangen vom Ortsverband über den Kreisverband bis hin zu den Bezirksverbänden hatten in diesem Jahr ein Reinvermögen von 34,4 Millionen DM; der Landesverband hatte ein Defizit von 4,7 Millionen DM. Das macht deutlich, daß die finanziellen Probleme vornehmlich beim Landesverband, bei der Zentrale, liegen. Den nachgeordneten Verbänden geht es relativ gut.

Woher kommt das? Das ist vor allem eine Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992. Dieses Urteil hat verfügt, daß der sogenannte Sockelbetrag, der die relativ kleinen Parteien besonders gefördert hat, von heute auf morgen weggefallen ist. Das war für die CSU noch im Jahr 1992 ein Verlust von 3,5 Millionen DM. Diese 3,5 Millionen DM vermissen wir auch im Jahr 1993. In unsere Planung hatten wir diesen Betrag bereits eingestellt. In diesen zwei Jahren hatten wir also 7 Millionen DM allein durch den Wegfall des Sockelbetrages weniger.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Wir haben versucht, den fehlenden Betrag im Jahr 1992 durch eine Verbesserung des Spendenaufkommens aufzufangen. Das ist uns zum großen Teil gelungen. Wir haben auch versucht, den Verlust im Jahr 1993 vor allem durch Einsparungen in der Zentrale aufzufangen; wir haben 1,5 Millionen DM zusätzlich gespart. Das war für den Generalsekretär sicherlich nicht leicht. Ich bedanke mich bei ihm dafür, daß er bei diesen Einsparungsmaßnahmen mitgemacht hat.

Inwieweit die deutliche Anhebung der Mitgliedsbeiträge, die wir beim Nürnberger Parteitag beschlossen haben, zur Einnahmeverbesserung beiträgt, können wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend sagen; dazu müssen wir das Jahresende abwarten. Ich kann nur sagen, daß die Anhebungen der Mitgliedsbeiträge in den verschiedenen Orts- und Kreisverbänden sehr unterschiedlich realisiert werden. Es gibt auf Orts- und Kreisverbandsebene Schatzmeister, die die Anhebung in perfekter Weise durchsetzen, und es gibt andere, die das Ganze schleifen lassen. Ich glaube, wir müssen uns darauf konzentrieren, daß die Beiträge auch tatsächlich hereinkommen.

Alle drei Maßnahmen, Einsparungen, höhere Spendenaufkommen und höhere Mitgliedsbeiträge, werden das Loch, welches das Karlsruher Urteil gerissen hat, nicht voll füllen können. (Unruhe)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Ich bitte im Saal um etwas mehr Ruhe und darum, das Bewußtsein dafür zu schärfen, daß es sich hier nach dem verheerenden Karlsruher Urteil vom vergangenen Jahr um eine Existenzfrage unserer Partei handelt. Was jetzt im Augenblick vom Schatzmeister angesprochen wird, ist die Entscheidung darüber, wie wir im nächsten Jahr in der Lage sein werden, unsere drei Wahlen zu bewältigen. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Schatzmeister Dr. Faltlhauser: Lassen Sie mich in kurzen Worten etwas zur Einnahmestruktur der CSU sagen! Die Einnahmestruktur ist sehr ausgeglichen. Ich zeige das am Beispiel des Jahres 1992: Von den 50 Millionen DM, die die CSU insgesamt in diesem Jahr eingenommen hat, stammen 31 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen, 32 Prozent aus Spenden und 30 Prozent aus Zuschüssen der Staatsmittel. Die Ausgabenstruktur sieht grob gesagt so aus: 30 Prozent Personalkosten, 20 Prozent allgemeine Verwaltungskosten - was immer das sein mag - und 38 Prozent Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf.

Lassen Sie mich zu den oftmals diskutierten Personalkosten der Landesleitung etwas sagen. Von den Ausgaben der Landesleitung sind 41 Prozent Personalkosten. Dieser Betrag enthält aber ziemlich genau zur Hälfte Personalausgaben für die Bundeswahlkreisgeschäftsstellen. Der Landesverband trägt also 89 Prozent der Personalaufwendungen der Gesamtpartei. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Lassen Sie mich jetzt zu dem Punkt kommen, der mir heute auf diesem Parteitag besonders wichtig zu sein scheint, nämlich zur Zukunft unserer Finanzen. Das geht alle Gliederungen an. Ab dem 01.01.1994 werden wir aufgrund der Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts eine völlig neue Parteienfinanzierung haben. Ich habe seit März dieses Jahres mit den Schatzmeistern und den Experten der anderen Parteien über eine neue Gesetzgebung auf der Basis des Urteils und auf der Basis der Kommission, die der Bundespräsident eingesetzt hat, diskutiert. Die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der CDU, CSU, FDP und SPD haben das Ergebnis dieser Verhandlungen bereits gebilligt. Ein Gesetzentwurf liegt seit zwei Wochen vor. Wir werden dieses Gesetz noch in diesem Jahr verabschieden. Die wesentlichen Punkte dieses Gesetzentwurfs verdienen Ihre Aufmerksamkeit.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP.

ACSP, PT19931009-12

Erstens. Alle demokratischen Parteien haben insgesamt ab 01.01.1994 wesentlich weniger Geld als bisher. Die Parteien haben 1992 260 Millionen DM bekommen; sie werden im Jahr 1994 trotz der Preissteigerungsrate 230 Millionen DM bekommen. Das heißt, wir haben insgesamt 30 Millionen DM weniger zu verteilen. Die Parteien tragen also in besonderem Maße zu den Sparbemühungen aller gesellschaftlichen Gruppen bei.

Zweitens. Die Parteien werden jetzt nicht mehr als eine Art Organisation zur Vorbereitung von Wahlkämpfen gesehen, sondern sie sind verfassungsmäßig anerkannte Institutionen zur permanenten Etablierung des demokratischen Prozesses. Deshalb wird bei der zukünftigen Parteienfinanzierung auf das abgestellt, was das Bundesverfassungsgericht wollte, nämlich auf die Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft. Kennzeichen dieser Verwurzelung sind erstens der Wahlerfolg, d. h. wie viele Stimmen hat eine Partei bekommen; zweitens die Mitgliederzahl und Beitragshöhe der Partei und drittens, wie viele Spenden konnte eine Partei erwerben. Das sind die Verwurzelungselemente; daran orientiert sich die zukünftige Parteienfinanzierung. Für jede Stimme, die die CSU bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen bekommt, werden wir 1 DM staatliche Zuschüsse bekommen. Für jede Beitragsmark - das ist wichtig für jeden Schatzmeister draußen - und für jede Spendenmark werden wir 50 Pfennig vom Staat dazubekommen. Es müssen aber bezahlte Beiträge sein; Luftbuchungen werden vom Staat nicht honoriert. Es wird also das Eintreiben der Beiträge, nicht nur der Spenden, zur besonderen Aufgabe der Vorsitzenden und der Schatzmeister gehören.

Drittens. Wir haben eine Degression durchgesetzt, d. h. daß für die ersten 5 Millionen Stimmen 1,30 DM bezahlt werden. Das ist besonders bedeutsam für die CSU. Es handelt sich um keinen Sockelbetrag, weil hier auf einem Verwurzelungser-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

folg der Parteien aufgebaut wird. Nur durch diese Degression besteht für die CSU die Chance, daß wir ab 1994 auf ein Niveau von 80 Prozent staatlicher Finanzierung kommen, wobei ich das Niveau von 1992 mit 100 Prozent ansetze. Das heißt, wir werden bei allen Berechnungen voraussichtlich etwa 20 Prozent weniger staatliche Zuschüsse haben. Das bedeutet besondere Konzentration.

Viertens. Bei der Abzugsfähigkeit der Spenden hat das Verfassungsgericht einen dramatischen Schwenk vorgenommen. Die vorletzte Rechtsprechung war noch so, daß das Verfassungsgericht 100 000 DM als abzugsfähig für möglich gehalten hat. Der Bundestag hat damals nur 60 000 DM als Obergrenze in Anspruch genommen. Jetzt können Körperschaften wie Aktiengesellschaften und GmbHs zwar noch spenden, aber keine einzige Mark mehr steuerlich abziehen. Das wird uns mit Sicherheit sehr wehtun.

Wir haben uns darauf geeinigt, daß natürliche Personen steuerlich 6000 DM bei Alleinstehenden bzw. 12 000 DM bei Verheirateten abziehen können. Ich glaube, das ist noch eine vertretbare gute Lösung auf der Basis des Bundesverfassungsgerichts. Die Berufsverbände werden auch in Zukunft spenden können, allerdings werden sie eine Nachversteuerung in Höhe von 50 Prozent vornehmen müssen.

Ich weise darauf ausdrücklich mit Blick auf dort drüben hin, wo viele Gäste aus Verbänden sitzen. Sie haben in diesem Jahr noch die Möglichkeit, voll abzugsfähig zu spenden. Das gilt auch für die Berufsverbände; sie können nach der alten Regelung im Jahr 1993 noch spenden. Ich komme dann mit dem Klingelbeutel zu Ihnen, damit Sie das noch möglichst schnell tun können.

Fazit: Wenn Sie die zukünftigen Staatszuschüsse und die zukünftigen Möglichkeiten bei der Spendenvergabe zusammen-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

rechnen, müssen wir ab 1994 mit weniger Einnahmen von schätzungsweise 20 bis 25 Prozent rechnen. Das bedeutet, daß wir in den nächsten Jahren folgendes in den Vordergrund stellen müssen: Erstens. Strikte Sparsamkeit auf allen Ebenen. Zweitens. Wir müssen wieder mehr Mitglieder in unsere Reihen holen, die auch Beiträge bezahlen. Drittens. Wir müssen die Mitgliedsbeiträge auch in der Höhe bemessen können, die der Leistungsfähigkeit des einzelnen Mitglieds entspricht. Unsere Beitragsordnung und unser Finanzstatut sind hierfür die Grundlage. Wir müssen weiterhin mehr Spenden auf breiter Ebene eintreiben und nicht zuletzt gute Wahlergebnisse einfahren, um die Grundlage für staatliche Zuschüsse zu schaffen.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Parteienfinanzierung stehen wir vor einer schweren Zukunft. Ich bin zuversichtlich, daß die CSU auch diese Herausforderung bestehen wird. Dazu brauchen wir aber die Mitarbeit aller Parteiebenen. Um diese Mitarbeit bitte ich Sie hier auf diesem Parteitag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Ich danke dem Schatzmeister für seinen Bericht. Wer nach diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Verantwortung für die Finanzen der Partei trägt, der büßt einen Teil seiner Sünden vorzeitig ab.

Jetzt rufe ich die Revisions- und Kassenprüfungsberichte 1991 und 1992 auf. Die Berichte werden gemeinsam von unserem Freund Dr. Herbert Huber erstattet.

Staatssekretär Dr. Herbert Huber: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich gebe Ihnen als Revisor auch im Namen der beiden Schatzmeister, der Parteifreunde Wilhelm Röhrl und Rudi Daum, den Bericht über die Prüfung des Rechnungswesens und der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Kassenführung des Landesverbandes der Christlich-Sozialen Union in Bayern e. V. für die Jahre 1991 und 1992.

Den Bestimmungen der Satzung gemäß wurden die Buchhaltung am 30.09. und die Kassenführung des Landesverbandes am 22.09.1993 in München geprüft. Der Prüfung lagen die Summen- und Saldenbilanzen vom 31.12.1991 und 31.12.1992, die Rechenschaftsberichte der Kontrolltreuhand GmbH für die genannten Jahre sowie die Konten- und Buchhaltungsbelege für die beiden Jahre 1991 und 1992 vor.

Im einzelnen wurden geprüft die in der Summen- und Saldenbilanz aufgeführten Besitz- und Schuldposten anhand der Unterlagen sowie Aufwands- und Ertragsrechnungen der genannten Jahre und schließlich auch die Buchhaltung und Kassenführung im Rahmen von vielen Stichproben. Es wurde die Übereinstimmung der in den Rechenschaftsberichten 1991 und 1992 erfaßten Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten mit dem Buchhaltungsausweis festgestellt.

Als Ergebnis der Prüfung ist festzuhalten: Die gemäß den Satzungsbestimmungen der CSU in Verbindung mit den Vorschriften des Finanzstatuts durchgeführte Prüfung der Buchhaltung und der Kassenführung für die Jahre 1991 und 1992 hat ergeben, daß die Buchhaltung und die Kassenführung ordnungsgemäß sind. Beanstandungen ergaben sich nicht. Aufgrund der durchgeführten Prüfung wird festgestellt, daß die Rechnungslegung der Jahre 1991 und 1992 dem Gesetz und der Satzung entspricht. Dieser Bericht ist gezeichnet von Dipl.-Volkswirt Wilhelm Röhrl, Rudi Daum und meiner Wenigkeit. (Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Vielen Dank, Herr Dr. Huber. Ich eröffne die Aussprache über den finanziellen Rechenschaftsbericht, Revisions- und Kassenprüfungsbericht. Wird das Wort gewünscht? - Ich sehe keine Wortmeldungen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

TOP 9: Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs

Tagungspräsident Dr. Warnke: Dann rufe ich auf Tagesordnungspunkt 9, Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs. Das Wort hat Erwin Huber.

Generalsekretär Erwin Huber: Herr Tagungspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Dieser Parteitag hat eine dreifache Zielsetzung. Wir haben soeben unser Grundsatzprogramm verabschiedet und geben damit eine Orientierung bis weit in das nächste Jahrzehnt. Wir wählen Präsidium und Parteivorstand neu und präsentieren damit unsere Parteispitze vor dem entscheidenden Wahljahr 1994, und wir sagen, worauf es bei der Lösung aktueller Aufgaben ankommt. Das schließt auch unpopuläre Entscheidungen ein, die für das Gemeinwohl und die Zukunft notwendig sind.

Vor dem Hintergrund der Zerstrittenheit und damit der Regierungsunfähigkeit der SPD und der drohenden Zersplitterung und Zerfaserung des Wählerspektrums durch radikale Parteien von links und rechts sowie durch programmlose Protestparteien präsentiert sich die CSU mit diesem Parteitag als eine verläßliche, handlungsfähige und glaubwürdige politische Kraft.

Satzungsgemäß erstatte ich Ihnen den Rechenschaftsbericht für die Arbeitsperiode seit dem letzten Wahlparteitag im November 1991. Ihnen liegt ein umfangreicher schriftlicher Rechenschaftsbericht vor. Ich will mich mündlich nur auf das Wichtigste beschränken.

Lassen Sie mich ein paar Sätze zur Mitgliederentwicklung sagen. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren insgesamt

Hergestellt im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

6700 Mitglieder verloren; das sind 3,6 Prozent. Darunter sind fast 2000 Wegzüge aus Bayern, Todesfälle und 9200 Austritte. Wir haben jetzt 178.716 Mitglieder. Es gab in diesem Zeitraum aber auch 8600 Neueintritte in die CSU. Ich weiß, wie schwierig es ist, gerade jetzt Mitglieder zu werben. Ich möchte deshalb den Orts- und Kreisverbänden sehr herzlich für ihre Bemühungen danken.

Ich stelle fest, daß die Mehrzahl der Austritte auf den Zeitraum Januar bis August 1993 entfällt. Ich führe das in erster Linie auch auf die unvermeidliche Beitragserhöhung zurück. Sie haben das auch vor Ort zu spüren bekommen. Das Bundesverfassungsgericht geht zwar von der Verwurzelungstheorie aus, d. h. Verwurzelung der Parteien in der Bevölkerung, aber die Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten und die damit notwendige Erhöhung der Beiträge rufen eine gegenteilige Wirkung hervor.

Wir freuen uns darüber, daß 65 000 Bürgerinnen und Bürger, die nicht Mitglied der CSU sind, bei uns in Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen mitwirken. Damit sind insgesamt 250 000 Bürgerinnen und Bürger bei der CSU registriert; das sind 2 Prozent der Bevölkerung. Damit ist die CSU die Partei mit der stärksten Verankerung in der Bevölkerung und die einzig wahre Volkspartei in Bayern. (Beifall)

15,6 Prozent unserer Mitglieder sind Frauen. Daraus ersieht man auf den ersten Blick einen Nachholbedarf. Ich möchte die Arbeit der Frauenunion, die steigende Mitgliederzahlen hat, anerkennen. Ich bitte Sie, bei der Aufstellung der Kandidaten in den nächsten Wochen und Monaten daran zu denken, daß eine Volkspartei auch eine klare Vertretung durch Frauen braucht. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Lediglich 6 Prozent unserer Mitglieder - das müssen wir sehen - sind unter 30 Jahre. Wir laden in besonderer Weise die junge Generation ein, an der Gestaltung des politischen Lebens mitzuwirken. Ich bitte die Orts- und Kreisverbände, die Junge Union bei ihrer oftmals nicht leichten Arbeit vor Ort, bei ihren Bemühungen um die junge Generation wirksam durch die Partei zu unterstützen. (Beifall)

Heute wird soviel von Parteienverdrossenheit gesprochen. Man wirft den etablierten oder staatstragenden Parteien Bürgerferne vor. Ich möchte deshalb diesen Rechenschaftsbericht zum Anlaß nehmen, auch ein paar Beispiele für die bürgernahe Arbeit einer Volkspartei zu nennen. Aus einer Umfrage bei unseren Ortsverbänden wissen wir, daß in einem Jahr von den rund 3000 Ortsverbänden etwa 12 000 politische Veranstaltungen durchgeführt werden. Ich glaube, daß diese Präsenz einer Volkspartei vor Ort bei der Bevölkerung von den fast professionellen Parteikritikern, von den Medien, aber auch von den Protestwählern unterschätzt und viel zuwenig gewertet wird.

Mich wundert, daß manche der Protestwähler Kleinigkeiten zum Anlaß nehmen, um sich von den staatstragenden Parteien abzuwenden und Protestparteien zuzuwenden. Dort aber finden sie eine vergleichbare politische Arbeit mit dem Bürger nicht. Letztlich werden diese sogenannten Protestwähler von den Protestparteien als Stimmvieh gesehen. Ein Bürger sollte sich auch einmal vor Augen halten, welche Wirkung er damit auslöst. (Beifall)

In den ersten drei Monaten dieses Jahres waren bei den Hauptversammlungen der Ortsverbände rund 80 000 unserer Mitglieder anwesend. Dabei finden nicht nur Neuwahlen statt, sondern stets auch politische Diskussionen. Es gibt also eine breite Beteiligung unserer Mitglieder an politischen Entscheidungen. Wir wollen und wir brauchen nicht

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

wie die SPD Mitgliederbefragungen z. B. zu personellen Entscheidungen oder Sachfragen. Ich halte den jetzt auch von der SPD verkündeten Weg, zunehmend auch bei Sachfragen Mitgliederbefragungen durchzuführen, für einen Beweis ihrer Handlungsunfähigkeit und ihrer Führungsunwilligkeit. (Beifall)

Der Bürger muß von den gewählten Gremien und von den verantwortlichen Politikern erwarten können, daß qualifizierte und tragfähige Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Der Auftrag des Grundgesetzes an die Parteien kann nicht auf die Organisation von Umfragen und Meinungserhebungen reduziert werden. (Beifall) Es läßt sich anhand von vielen Beispielen aus der Nachkriegsgeschichte Deutschlands belegen, in welchen Irrgarten Deutschland gekommen wäre, hätten Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß bei Entscheidungen wie z. B. der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, der Westbindung Deutschlands, beim Aufbau der Bundeswehr oder beim Eintritt in die NATO zunächst Meinungsbefragungen durchgeführt. Auch Demokratie braucht politische Führung; dazu hat sich die CSU jederzeit bekannt. (Beifall)

Das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie entbindet uns natürlich nicht vom engen und ständigen Kontakt mit den Bürgern. Ich möchte deshalb an dieser Stelle unserem Parteivorsitzenden Dr. Theo Waigel, unserem Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, aber auch allen Kabinettsmitgliedern, den Abgeordneten und Kommunalpolitikern für ihren zeitraubenden Einsatz vor Ort herzlich danken. Ich nenne auch in besonderer Weise unsere Bundespolitiker, weil es notwendig ist, daß sie die Fragen der Bundespolitik vor Ort erklären.

Meine sehr verehrten Freunde, wir sind noch bei jeder Attacke zu unseren Freunden gestanden, und deshalb möchte

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung, auch mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

ich hier sagen: Wir wissen, daß Horst Seehofer ein äußerst kompetenter Bundesgesundheitsminister ist. Wir stehen zu ihm.

(Anhaltender Beifall)

Ich bitte auch zu sehen, daß unser Parteivorsitzender Theo Waigel in seiner Funktion als Bundesfinanzminister viele internationalen Verpflichtungen wahrnehmen muß. Es gibt derzeit eine Ökonomisierung der Außenpolitik. Ich glaube, daß das eine zusätzliche Chance gerade für die CSU ist, außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Trotz seiner vielen Termine ist Theo Waigel permanent und flächendeckend in der CSU präsent. Diesen großartigen Einsatz sollte dieser Parteitag in besonderer Weise anerkennen und würdigen. (Beifall)

Ich möchte auch begrüßen, daß unser neuer Ministerpräsident durch Landkreisbesuche und Telefonaktionen bemüht ist, das schwierige Verhältnis zwischen Politik und Bürgern zu verbessern. (Beifall)

Ein paar Sätze muß ich bei diesem Rückblick zur DSU sagen. Wir haben am 24. April die Zusammenarbeit mit der DSU eingestellt. An diesem Tag entschied sich die DSU für die Abkehr vom bisherigen Kurs und für die Ausdehnung auf ganz Deutschland. Sie entschied sich für eine Zusammenarbeit mit fragwürdigen Organisationen und Personen. Für ein solches politisches Abenteuer steht die CSU nicht zur Verfügung.

Es bleibt aber ein historisches Verdienst der CSU, daß mit ihrer Hilfe die deutsche Einheit in der ersten freigewählten Volkskammer rascher herbeigeführt werden konnte. Die DSU hat einen wichtigen Beitrag geleistet zum Aufbau der Demokratie in und nach dem SED-Regime. Unser Einsatz hat sich gelohnt. Ich danke allen Parteifreunden, die hier über

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

viele Jahre hinweg mitgearbeitet haben. Sie haben, quasi als Entschädigung dafür, einen jetzt freien und schönen Teil Deutschlands kennengelernt.

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu den Wahlen in München und Hamburg sagen. Ein Vergleich der beiden Wahlen gibt interessante Einblicke. In Hamburg haben radikale Parteien über 20 Prozent der Stimmen erhalten. Die Statt-Partei ist als reine Protestpartei in die Bürgerschaft eingezogen. Die CDU verlor 10 Prozent der Stimmen und ist auf die 25-Prozent-Marke abgesackt. Die staatstragenden Parteien haben zusammen noch 70 Prozent der Stimmen erreicht.

In München hat die CSU ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Auf Peter Gauweiler entfielen 43,4 Prozent der Stimmen. Dieses Ergebnis der Münchner Oberbürgermeisterwahl ist ein Signal der Ermutigung für das Wahljahr 1994.

(Anhaltender Beifall)

Der Einsatz der CSU in München war vorbildlich. Bis zur letzten Stunde wurde mit Einsatzfreude und Geschlossenheit um jede Stimme gekämpft. Dabei konnte sich Peter Gauweiler stets auf die geschlossene Unterstützung der gesamten CSU, durch Theo Waigel ebenso wie durch den Ministerpräsidenten und viele Freunde verlassen. Der kämpferische Einsatz der Münchner CSU ist ein gutes Beispiel für die Wahlen des nächsten Jahres. (Beifall)

Es ist gelungen, die Kompetenz und die Meinungsführerschaft der CSU in allen wichtigen politischen Themen darzustellen. Ich nenne Verkehr, Wohnungsbau, Wirtschaft, Arbeitsplätze, innere Sicherheit. Die CSU brachte die Konkurrenz gewaltig in Bedrängnis und nur einer Koalition - man bedenke das - aus SPD, FDP und GRÜNEN ist es ganz knapp gelungen, über 50 Prozent zu kommen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Ich habe die Zahlen aus Hamburg genannt. Wir müssen in der öffentlichen Darstellung korrigieren, daß zwar das Scheitern der rechten Parteien allgemein als positiv gesehen wird, daß man aber dabei übersieht, daß die Grüne Alternative Liste 13,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt hat. Ich glaube, man kann nicht das Scheitern der Rechten bejubeln und auf der anderen Seite automatisch und unkritisch die Linken in das demokratische Spektrum hineinziehen. Die GAL hat wie die GRÜNEN ein gestörtes Verhältnis zur Sicherheit und zur Gewalt. Sie ist wirtschaftsfeindlich, eine radikale Partei und muß als solche qualifiziert werden. (Beifall)

Ich kann verstehen, daß Wolfgang Schäuble sich einmal versprochen hat, daß er insgesamt lieber bei der CSU ist nach diesen Wahlergebnissen. Wir alle rufen die CDU auf, aus diesem Hamburger Ergebnis Konsequenzen zu ziehen. Es muß ein Ruck durch die CDU gehen. Wir müssen gemeinsam die harten Themen anpacken, die den Bürgern auf den Nägeln brennen - Arbeitsplätze, Kriminalität, Stabilität und Sicherheit. (Beifall)

Eine einzige Bemerkung noch zur Parteienverdrossenheit. Wir haben in den letzten Jahren dazu umfangreich Stellung genommen. Ich möchte in besonderer Weise auf einen Zusammenhang hinweisen. Die Bürger begründen Nichtwählen und Protestwählen damit, daß zuwenig und zu langsam entschieden werde, daß es zuviel Gerede und zuwenig überzeugendes Handeln gebe. Dieser Vorwurf ist sehr pauschal, aber nicht unberechtigt.

Ich möchte die Bürger und Wähler bitten, diese Zusammenhänge zu überdenken. Die Wähler und nicht die Politiker entscheiden über die Zusammensetzung der Parlamente. Die Erfolge von rechtsradikalen Parteien, Splittergruppierungen

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

und Protestparteien ist eine unmittelbare Ursache für Instabilität, schwierige Regierungsbildungen, Unberechenbarkeit der Politik und Handlungsunfähigkeit. Nur funktionierende Volksparteien sind eine Grundlage für politische Stabilität, und die wiederum ist Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität. Das müssen wir dem Wähler und Bürger gerade vor diesem entscheidenden Wahljahr 1994 deutlich vor Augen führen.

Die CSU hat stets allen radikalen Kräften eine klare Absage erteilt. Wir haben auch in den 70er und 80er Jahren stets entschlossen Radikalismus und Extremismus von links und rechts gleichermaßen bekämpft. Wir erteilen auch jetzt eine klare Absage an jede Form der politischen Zusammenarbeit mit extremistischen oder radikalen politischen Parteien oder Gruppierungen.

Die CSU hat in den letzten Jahren glaubwürdig bewiesen, daß für uns eine Koalition, ein Bündnis oder andere Formen der Zusammenarbeit weder mit REP und DVU noch mit PDS oder GRÜNEN in Frage kommt. (Beifall) Ich bitte Sie, wie Theo Waigel gestern gesagt hat, den Helm enger zu schnallen für dieses Wahljahr, für dieses Entscheidungsjahr 1994. Unsere Ziele sind klar. Wir kämpfen um die Regierungsmehrheit in Bayern. Die CSU ist nach den Entscheidungen in Bonn und nach der Regierungsneubildung in Bayern ganz klar im Aufwind. Wir wissen, daß wir um jede Stimme kämpfen müssen, aber wir trauen uns zu, 50 plus x in Bayern zu erringen. Für dieses Ziel werden wir alle Kräfte mobilisieren. (Beifall)

Wir stehen ein für die Fortsetzung der Koalition der Mitte in Bonn. Unser Ziel ist die strukturelle Mehrheit, d. h. eine Konstellation, daß ohne und gegen uns in Bonn nicht regiert werden kann. Ein zerstrittenes und handlungsun-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

fähiges rot-grünes Bündnis ist keine Alternative zu unserer Politik.

Wir treten ein für eine starke Vertretung Bayerns im Europäischen Parlament. Wir sehen in der Integration Europas wie im Grundsatzprogramm formuliert, eine Schicksalsfrage, aber wir wollen nicht europäischen Zentralismus, sondern ein Europa der Nationen und Regionen, geprägt von Föderalismus und Subsidiarität.

Die CSU ist auch eine politische Kampfgemeinschaft. Nur wer mutig, offensiv, glaubwürdig und überzeugungstreu für politische Überzeugungen kämpft, wird erfolgreich sein. In dem großen Wahljahr 1994 mit Weichenstellungen für das gesamte Jahrzehnt und darüber hinaus bitte ich deshalb um Ihren vollen Einsatz. Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Ich danke dem Generalsekretär für seinen Rechenschaftsbericht. Ich danke ihm und seinen Mitarbeitern insbesondere für das, was sie im vergangenen Jahr erfolgreich zur Stärkung der organisatorischen und argumentativen Schlagkraft unserer Partei bewältigt haben. (Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich eröffne die Aussprache. Eine große Münchner Zeitung hat heute einen Kommentar unter der Überschrift "Seehofer muß bleiben" veröffentlicht.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Es trifft sich gut, daß eine Wortmeldung von Minister Seehofer vorliegt. Ich erteile ihm das Wort. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Bundesminister Seehofer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich möchte Sie unmittelbar über die Diskussionen, Ereignisse und Forderungen der letzten Tage informieren. Kurz nach meinem Amtsantritt im letzten Jahr hat mir ein bedeutender Chefredakteur in der Bundesrepublik Deutschland gesagt: Das Bundesgesundheitsamt hat für sie die gleiche Sprengkraft wie der Bundesnachrichtendienst für das Bundeskanzleramt. An diesen Satz habe ich mich in den letzten Wochen oft erinnert, als mir sowohl vom Bundesgesundheitsamt als auch von Teilen meines eigenen Hauses wichtige Informationen zur Problematik der Blutprodukte und AIDS-Infektionen entweder überhaupt nicht oder über die Presse oder völlig unzureichend übermittelt wurden.

Der Höhepunkt war erreicht, als mich nach einer langen Klausurtagung am letzten Dienstag, dem 5. Oktober, gegen Mitternacht zuständige Beamte des Bundesgesundheitsamtes um ein Gespräch baten und mir mitteilten, sie hätten eine Liste mit 373 Verdachtsfällen von 1985 bis heute, bei denen man einen Zusammenhang zwischen einer Blutbehandlung und einer AIDS-Infektion vermuten muß. Der Höhepunkt war deshalb erreicht, weil mir die Informanten, nämlich diese Beamten, auf meine Fragen, wie sich denn diese Fälle zeitlich aufteilen würden, was man aufgrund dieser Fälle veranlaßt habe, um welche Firmen es sich handele, nur sehr oberflächlich und allgemein Auskunft geben konnten. Nachdem sich die Entwicklung der Nichtinformation, der unzulässigen oder unzureichenden Information, seit Anfang September abzeichnete, habe ich eine Nacht darüber geschlafen und mich dann um der Sicherheit der Menschen willen dazu entschlossen, die Unsicherheit des Informationsflusses durch personelle Konsequenzen zu beenden. (Beifall)

Es kommen heute Fragen, ob man denn erst die Liste hätte auswerten müssen und dann an die Öffentlichkeit hätte gehen

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

dürfen. Diese Fragen kommen von den gleichen Menschen, die dann, wenn die Liste an die Öffentlichkeit gegeben wird, dem Minister den Vorwurf machen, er habe etwas verschweigen wollen. Deshalb habe ich mich im Zweifel für die Öffentlichkeit entschieden. (Beifall)

Es kommt in diesem Zusammenhang natürlich auch immer die Frage - das ist das modernste deutsche Gesellschaftsspiel - nach der politischen Verantwortung eines Ministers und auch die Frage nach dem Rücktritt. In erster Linie geht es bei diesen Fällen um Infektionen, die in den 80er Jahren erfolgten. Ich kümmere mich um Dinge, die ich übernommen habe und die ich lösen muß. Eines verstehe ich überhaupt nicht und nehme es auch nicht hin, daß mich zum Teil jetzt Leute massiv kritisieren, die uns - ich erinnere an Peter Gauweiler in den 80er Jahren - an einer anderen AIDS-Politik gehindert haben.

(Lebhafter Beifall)

Natürlich habe ich die politische Verantwortung für alles, was in meinem Zuständigkeitsbereich liegt. Ich verstehe politische Verantwortung nicht so, daß man dann, wenn ein Problem auftaucht, die Flucht ergreift, sondern ich denke, ein Minister hat die Verantwortung, ein bestehendes Problem zu lösen. Ich bin entschlossen, dieses Problem zu lösen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, es kann doch nicht so weit kommen - ich übertreibe jetzt bewußt -, daß dann, wenn ein Beamter eine Toilette verschmutzt, der Minister politisch verantwortlich ist. Ich werde nicht zurücktreten!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Zu der Anschuldigung, ich hätte die Unwahrheit gesagt: Wie soll ich etwas gewußt haben, wenn der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, der Vizepräsident, der zuständige Abteilungsleiter des Bundesgesundheitsministeriums und der zuständige Unterabteilungsleiter mir gegenüber und auch in der Öffentlichkeit erklären, sie hätten selbst nichts von diesen Daten gewußt, und wenn die zuständigen Beamten, die mir diese Information Dienstag abend gegen Mitternacht gegeben haben, zweieinhalb Tage dazu gebraucht haben, die Informationen, die für die Öffentlichkeit notwendig waren, auszuwerten? Es ist doch nicht logisch, mir vorzuwerfen, ich habe die Informationen verschwiegen, wenn die Beamten zweieinhalb Tage brauchen, um die Informationen so aufzubereiten, daß man sie der Öffentlichkeit mitteilen kann. Sie können sich darauf verlassen, meine Damen und Herren, daß ich in der Öffentlichkeit das gesagt habe, was ich wußte, und daß ich bis Dienstag abend nicht mehr wußte, als ich dann der Öffentlichkeit mitgeteilt habe. (Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, hinter der Zahl der AIDS-Kranken und HIV-Infizierten verbirgt sich unsagbares seelisches und körperliches Leid. Deshalb wird meine ganze Kraft auch in den nächsten Monaten darauf gerichtet sein, den betroffenen Menschen zu helfen und die bestehenden Restrisiken bei Blutbehandlungen weiter zu mindern. Allerdings muß man der Öffentlichkeit immer klar und wahr sagen: Es gibt bei jeder medizinischen Behandlung ein Restrisiko. Weder die Politik noch die Medizin kann dieses Restrisiko auf Null zurückfahren. Auch dies gehört zur wahren Information der Öffentlichkeit.

Wir werden uns bemühen, den bereits infizierten Blutern als humanitäre Hilfsaktion Entschädigungen zu bezahlen. Ich befinde mich in sehr hoffnungsvollen Gesprächen mit den Bundesländern, mit der Versicherungswirtschaft und mit den betroffenen Unternehmen. Ich möchte mich hier auch beim

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Bundesfinanzminister dafür bedanken, daß er sich bereitgefunden hat, trotz der schwierigen Haushaltslage hierfür 2 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Lieber Theo Waigel, herzlichen Dank! (Beifall)

Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß ich Ihnen in den nächsten Tagen und Wochen nicht wieder einiges zumuten muß, denn ich muß diese Dinge weiter aufklären. Ich muß dazu beitragen, daß sowohl in meinem eigenen Hause als auch beim Bundesgesundheitsamt die Dinge so gestaltet werden, daß die Menschen wieder Vertrauen zu diesen Behörden haben können. Das wird nicht gewissermaßen als Hochamt der Harmonie abzufeiern sein. Es wird auch in den nächsten Tagen und Wochen noch einige öffentliche Diskussionen geben; darauf weise ich Sie heute schon hin. Ich möchte mich deshalb ganz herzlich für das hohe Maß an Unterstützung bedanken, das ich heute, aber auch in den letzten Tagen, von vielen Parteifreunden erfahren habe. Ich durfte feststellen, daß es in einer sehr, sehr schwierigen Situation unheimlich guttut, wenn man weiß, daß Freunde zu einem stehen. Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Sie haben durch Ihren Beifall gezeigt, daß Sie das als eine nützliche Verwendung des Tagesordnungspunktes "Aussprache zum Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs" betrachtet haben. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Aussprache? - Ich sehe keine. Ich schließe die Aussprache.

TOP 10: Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden

Ich rufe auf den Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden. Das Wort hat Theo Waigel. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Parteivorsitzender Dr. Waigel: Herr Vorsitzender, meine lieben Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierten! Ich möchte auch hier ein ganz klares Wort als Parteivorsitzender zu Horst Seehofer sagen: Lieber Horst, wir stehen geschlossen hinter dir. Wir wissen, du bist einer der Besten, du bist einer der Erfolgreichsten, und wir lassen uns einen unserer besten Leute nicht von der Opposition oder von wem auch immer kaputtmachen. (Beifall)

Ich war vor wenigen Wochen auf der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Neben unseren Sparmaßnahmen, unserer Finanzpolitik, unserer Währungspolitik ist gerade die Gesundheitsreform und die Tatsache, daß Horst Seehofer aus einem Defizit von 10 Milliarden im letzten Jahr einen Überschuß von 3 Milliarden in diesem Jahr gemacht hat, einer der wichtigsten Erfolge unserer Partei. Darum müssen wir damit rechnen, daß der politische Gegner Horst Seehofer als Ziel herausgreift. Aber wenn sich nicht einmal die SPD gestern getraut hat, seinen Rücktritt zu fordern, dann sollten wir um so mehr an seiner Seite stehen und hier klar sagen: Die CSU steht zu ihren Leuten. (Beifall)

Lieber Wolfgang Schäuble, wir haben uns gefreut, daß du gekommen bist. Wenn du so weitermachst, wird dich noch die gleiche Herzlichkeit umfangen, die gestern beim Delegiertenabend dein Vorgänger Alfred Dregger genossen hat. Ich glaube, so etwas an Herzlichkeit gibt es in der CDU gar nicht. (Heiterkeit) Darum sollten alle CDU-Politiker, die einmal volle Zustimmung, volle Harmonie und bayerische Herzlichkeit benötigen, um dann in Bonn und in Berlin wieder das Richtige zu tun, immer wieder zu Parteitagen der CSU kommen. Du bist immer herzlich willkommen. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Wir haben nicht vergessen, mit welcher Entschiedenheit du in der Politik einiges vorangebracht hast, was auch unsere Anliegen waren. Stichwort Asyl: Ohne dich wäre das so nicht gelaufen. Und, meine lieben Freunde, die Rolle Deutschlands, in der Welt mit Rechten und Pflichten gleichermaßen aufzutreten, auf Artikel 24 des Grundgesetzes zu setzen und hier auch manchen Konflikt innerhalb der Koalition zu riskieren - das hast du ebenfalls an unserer Seite getan und damit einen wichtigen Beitrag für Entscheidungen innerhalb der Koalition geleistet. Wir müssen weiterhin miteinander dafür sorgen, daß nicht zuviel geredet wird, daß nicht zu viele Sitzungen stattfinden, daß nicht endlose Verhandlungen geführt werden, sondern endlich entschieden wird. Das wollen die Menschen hier im Land. (Beifall)

Ich möchte mich gleich am Anfang bei Erwin Huber bedanken, dem Generalsekretär, der mit einem unglaublichen Einsatz von morgens bis abends unterwegs ist und in einer schwierigen Zeit für die Partei die Konturen zeigt, präsent ist, kämpferischen Einsatz leistet und dabei ein unglaublich treuer Kamerad ist. Er hat gerade in den letzten Tagen seine Mutter verloren. Hierzu sprechen wir ihm unser herzliches Mitgefühl aus. Lieber Erwin Huber, mach so weiter! Ich glaube, wir sind damit auf einem guten Weg. (Beifall)

Liebe Freunde, noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Rad der Geschichte so schnell gedreht wie in den letzten Jahren. Die Nachkriegsgeschichte ist definitiv zu Ende. Vor uns liegt eine neue, noch unbestimmte Zukunft. Im Jahr 1994 mit der Bundestagswahl, der Landtagswahl und der Europawahl werden die Weichen gestellt für die politische Entwicklung. Die Entscheidung fällt nicht am Wahltag, sie fällt in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Die Wahlen des Jahres 1994 entscheiden nicht nur über 1995, 1996, 1997 und 1998, sondern sie entscheiden darüber, wie wir dieses Jahrhundert zu Ende bringen und wie ein neues Jahrhundert und Jahrtausend begonnen wird. Darum ist das Jahr 1994 ein Schicksalsjahr für Bayern, für Deutschland und für Europa. Nur wir können die Zukunft so gestalten, daß unsere Bürger in Frieden, in Wohlstand und mit Gemeinwohlverpflichtung leben können. Der SPD dürfen wir nach dem, was geschehen ist, dieses Land in diesem Jahrhundert nicht mehr in die Hand geben. (Beifall)

Europa befindet sich in einer historischen Umwälzung, deren Ausmaß noch vor wenigen Jahren undenkbar erschien. Die Völker Ost- und Südosteuropas haben die kommunistische Fremdherrschaft abgeschüttelt. Der Versuch der Nationalkommunisten, das Rad der Geschichte in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zurückzudrehen, ist Gott sei Dank gescheitert. Es gibt keinen Anlaß, kurz aufzublicken und sich dann entspannt zurückzulehnen. Was wäre denn heute, wenn vor zwei Jahren der Umsturzversuch geglückt wäre, wenn vor wenigen Tagen Chasbulatow und Ruzkoj gewonnen hätten? Dann würden wir diesen Parteitag nicht in friedlicher Harmonie über unsere Parteiprogrammatik und mit Wahlen abhalten. Dann stünden wir vielleicht vor der größten Krise seit 1949 und vor einer Herausforderung wie nie zuvor. Darum war es richtig, daß wir uns auch in schwieriger Zeit für Jelzin eingesetzt haben, für den demokratischen Präsidenten in Rußland und für den Weg der Demokratie und der Marktwirtschaft in Rußland, in Mittel- und Osteuropa und den anderen Staaten der früheren Sowjetunion. (Beifall)

Diese Neuordnung Europas schafft Zukunftsängste. Die Menschen sehen eine unsichere Zukunft vor sich und wissen nicht, wie die kommenden Strukturen sein werden. Die Gefahr einer unvorstellbaren Völkerwanderung ist nicht auszuschließen. Kriegerische Auseinandersetzungen in Südost-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Europa finden leider statt. Die Gefahr militärischer Nationalitätenkonflikte in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die Gefahr weiterer Umsturzversuche gegen die demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen in Rußland bestehen weiter. Aber neben diesen Gefahren und Risiken gibt es auch unglaublich positive Veränderungen, die wir endlich einmal dankbar zur Kenntnis nehmen sollten.

Man stelle sich vor, daß bis vor ein paar Jahren Aufmarschpläne existierten, nach denen eine Stadt wie Passau im Konfliktfall innerhalb weniger Stunden dem Erdboden gleichgemacht worden wäre, oder man denke an die Hochrüstungspolitik der Sowjetunion. Daß es heute weniger Raketen in Europa gibt und die auf uns gerichteten SS 20 und deren Nachfolgeraketen nicht mehr vorhanden sind, verdanken wir nicht der SPD, nicht den GRÜNEN, nicht den Alternativen und auch nicht der Friedensbewegung mit Hunderttausenden und Millionen, sondern unserer Politik der Entschiedenheit und Entschlossenheit. Es wäre ein Zeichen von Anstand, wenn diese Leute jetzt auf die Straße gehen und sich bei uns dafür bedanken würden, daß wir den Frieden in Deutschland und in Europa sicherer gemacht haben. (Beifall)

Wir dürfen aber nicht übersehen, daß die Geschwindigkeit des Umbruchs in Europa viele unserer Mitbürger überfordert hat. Wer sich nach der vermeintlichen Idylle der Nachkriegszeit zurücksehnt, verdrängt die Fakten der Vergangenheit und verkennt die historisch-politischen Zusammenhänge.

Wir waren in diesem Jahrhundert oft die Verlierer. In dieser Situation sind wir Deutsche die Gewinner des Umbruchs in Europa. Gestern hat Edmund Stoiber gesagt: 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges verlassen die letzten Rotarmisten deutschen Boden. 45 Jahre nach dem verlorenen Krieg hat Deutschland seine staatliche Einheit

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

wiedererlangt. Mit der vollen Souveränität bleiben wir eingebettet in das westliche Verteidigungsbündnis. Erstmals nach zwei verlorenen Kriegen, nach dem Scheitern der Weimarer Republik und dem unseligen Dritten Reich haben die Deutschen die große historische Chance, als Gleichberechtigte und Ebenbürtige in der freien Gemeinschaft der westlichen Demokratien ihren Platz einzunehmen. Erstmals in der Geschichte dieses Jahrhunderts haben die Deutschen keine Feinde und Gegner in Europa mehr, sondern nur noch Partner und Freunde. Und wir haben daran mitgewirkt wie keine andere Partei seit 1949. Darauf dürfen wir stolz sein.

Ich möchte an dieser Stelle denen Dank sagen, den Frauen und Männern der ersten Stunde wie Fritz Schäffer, Hans Ehard, Franz Josef Strauß und Hanns Seidel, die an der Seite von Konrad Adenauer mit dem Aufbau der Demokratie, des Rechtsstaates, des Föderalismus und der Marktwirtschaft die Fundamente für diese Entwicklung gelegt haben.

Die CSU ist ihrer politisch-nationalen Verantwortung in der Nachkriegsgeschichte gerecht geworden. Die Geschichte hat der CSU recht gegeben. Die Teilung Deutschlands und Europas war nicht das letzte Wort. Ich werde nie vergessen, wie Franz Josef Strauß während seiner Moskaureise Ende 1987 zu Gorbatschow sagte: "Sie werden die Einheit dieser Nation nie verhindern können." Darauf erwiderte Gorbatschow: "Über die Einheit Deutschlands wird die Geschichte entscheiden."

Zwei Jahre danach hat die unglaubliche Dynamik der Politik, haben Menschen, die ihre Freiheit und ihre Würde nie aufgeben wollten, die trotz Jahrzehnten der Diktatur, der Verfolgung, der Ächtung ihren Freiheitsdrang nie vergessen haben, für einen Umschwung in Europa, in Rußland und in Deutschland gesorgt. Trotz aller Irrtümer, trotz vieler Vorwürfe, bedanken wir uns bei Michail Gorbatschow dafür,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

daß er die Geschichte auf ihrem Weg nicht aufgehalten hat, keine Panzer auffahren ließ und den Deutschen die Chance gab, ihre Freiheit in Einheit zu vollenden. (Beifall)

Der westliche Teil von Frau Dankert fehlt noch.

Hergestellt im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

(Parteivorsitzender Dr. Waigel)

Wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren der Wiedervereinigung ausruhen. Ganz schnell verblaßt der Glanz, ganz schnell fragen die Menschen nach anderen Dingen. Und es wäre fatal, wenn es uns so ginge wie 1945 Winston Churchill, der für sein Land über viele Jahre Großartiges geleistet hat, eine Niederlage abgewendet hat und dann abgewählt wurde. Es wäre doch ein Treppenwitz der Geschichte in Deutschland, wenn wir 1990 den größten Erfolg deutscher Politik herbeiführen, wenn wir danach die politische, ökonomische und die menschliche Einheit Deutschlands herbeiführen und dann die Buchhalter, die Versager und Verweigerer der deutschen Einheit die Geschicke Deutschlands und Europas in die Hand nehmen wollten. Nein, meine Damen und Herren, das werden wir nicht zulassen. Dagegen werden wir kämpfen, und dafür muß die CSU ein ganzes Jahr vom Anfang bis zum Schluß arbeiten und sich einsetzen. (Beifall)

Wir müssen wertebewußt und weltoffen an die neuen Zukunftsaufgaben herangehen, denen sich das geeinte Deutschland zum Ende dieses Jahrhunderts gegenübersieht. Gefragt sind Vernunft, Augenmaß und Realismus. Wer in politisch schwierigen Zeiten glaubt, am Wahltag Denkzettel austeilen zu müssen, der handelt politisch kurzsichtig und unvernünftig. Wir haben unsere Lektion gelernt. Wir wissen sehr genau, was uns die Bürger bei mancher Wahl in der Vergangenheit, auch in Bayern, gesagt haben. Die Bürger wollen, daß wir ihre Probleme ernst nehmen, nicht nur die ganz großen der Weltpolitik, sondern auch jedes kleine Problem vor Ort oder jedes Problem, das für den einzelnen ein großes ist.

Es wird uns nur dann gelingen, 50 und mehr Prozent zu erreichen, wenn jeder Bürger trotz mancher Bedenken, trotz manchem Ärger über uns spürt, es gibt keine andere Partei, die sich auch meines Anliegens in menschlicher Weise so annimmt wie die CSU. Das muß uns unterscheiden von den

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

anderen, von den Ideologie-Parteien, von den Opportunisten, von denen, die nur ein Klientel vertreten.

Die Wahlen 94 - ich habe es schon gesagt - sind Schicksalswahlen. Wir müssen jedem Wähler sagen: Nicht nur das Handeln der Politiker ist maßgebend für die nächste Generation, auch deine einzelne Stimme!

Meine Damen und Herren, es gibt bei Wahlen manchmal Fehlentwicklungen, die nicht mehr korrigierbar sind. 1969, das war nicht nur ein Ausrutscher, den wir das nächste Mal korrigiert haben, sondern das hat bedeutet, daß wir bis 1982 zwar in der Opposition alles schön, blütenrein vertreten konnten, nur bewirkt haben wir natürlich die entscheidenden Dinge nicht mehr. Das jedem einzelnen klarzumachen, um jeden zu werben, mit jedem zu reden, das ist die Aufgabe unserer Partei in den kommenden 12 Monaten.

Die CSU war und ist keine Schönwetterpartei. Wir haben uns seit unserer Gründung der politischen Verantwortung im Interesse Bayerns und Deutschlands gestellt. Ich weiß, es langweilt den einen oder anderen, aber ich möchte doch daran erinnern: Die fünfziger Jahre, das waren Soziale Marktwirtschaft - Ludwig Erhard -, Stabilität der D-Mark - Fritz Schäffer -, Verankerung der Bundesrepublik im Westen, Aufbau der Bundeswehr - Franz Josef Strauß -; die sechziger Jahre, Überwindung des Konjunktureinbruchs, Notstandsgesetzgebung; die siebziger Jahre, Ostverträge, illusionäre Entspannungspolitik, Schutz des ungeborenen Lebens, die achtziger Jahre, Wende, Haushaltskonsolidierung, Nachrüstungsdebatte. All das ist untrennbar mit dem Namen der CSU und ihrer kraftvollen Frauen und Männer verbunden. 1989 und auch nach 1989 haben wir uns gestellt, als manche schon die Hoffnung aufgegeben hatten. Als viele glaubten, die Wahlen 90 seien bereits verloren, haben wir den Kurs herumgerissen, haben wir uns bereiterklärt, unangenehme Verantwortung zu übernehmen. Und es hat sich gelohnt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Die Deutsche Währungsunion als unumkehrbarer Schritt zur Wiedervereinigung trägt die Handschrift der CSU. Ich habe sie unterzeichnet. Gemeinsam mit Wolfgang Schäuble haben wir den Einigungsvertrag miteinander gestaltet. Und, meine Damen und Herren, ich bin stolz darauf, den Überleitungsvertrag verhandelt und unterzeichnet zu haben, mit dem der Abzug sämtlicher sowjetischer Truppen aus Deutschland herbeigeführt wurde. Mein Gott, wieviel hätten unsere Vorgänger dafür gegeben, wenn dies vor 10, 15 oder vor 30 Jahren möglich gewesen wäre. (Beifall)

Wir sind die verläßliche Kraft der Bonner Regierung. Wir sind das dynamische Element. Wir packen die Probleme an und treffen Entscheidungen. Und auf uns, Wolfgang Schäuble - das weiß er -, kann man sich verlassen. Wir sind das konservativ-soziale Gewissen der Fraktion, wenn da oder dort, beim Schutz des ungeborenen Lebens oder wo auch immer manche Teile der CDU etwas bröckeln.

Meine Damen und Herren, unsere deutschlandpolitische Strategie in 90 war richtig, während Lafontaine die Zeichen der Zeit falsch eingeschätzt hat.

Glaubt eigentlich jemand, wenn wir heute die deutsche Einheit zu verhandeln hätten, wenn wir heute mit 10 oder 20 GUS-Staaten, wenn wir heute mit irgend jemanden zu reden hätten, daß dies billiger wäre, daß dies einfacher ginge, daß dies schneller ginge? Mit letzter Sicherheit, nicht.

Es besteht kein Anlaß zur Euphorie, aber auch kein Anlaß zu Defätismus. Die Vollendung der Einheit dauert länger, und sie wird kostspieliger werden, als wir es 1990 erwartet haben. Wir müssen jedoch auch eine Nutzen-Kosten-Rechnung vorlegen, bei der nicht nur die Aufwendungen, sondern auch die Erträge gesehen werden. Und, meine Damen und Herren, es gibt in der Politik gerade für die jüngere Generation auch

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Dinge jenseits von Angebot und Nachfrage. Und die Freiheit von 17 Millionen Menschen ist jenseits von Angebot und Nachfrage der größte Erfolg und das größte Geschenk der deutschen Geschichte in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. (Beifall)

Die Wiedervereinigung ist aus nationaler Sicht - und gerade die CSU verkörpert auch diese nationale Komponente - die größte Investition in unserer Geschichte. Und am Ende wird Deutschland als Ganzes nicht ärmer, sondern reicher sein. Wenn die jungen Bundesländer Ende dieses Jahrzehnts etwa 80 % der Wirtschaftskraft des Westens erreicht haben, dann läßt sich die Rendite unserer Aufwendungen für den Wiederaufbau mit einem Zuwachs an Sozialprodukt von jährlich rund 300 Milliarden DM beziffern.

Otto Wiesheu verdanke ich einen Gedanken von Franz Josef Strauß aus dem Jahre 1966, der mir bereits in Vergessenheit geraten war. Damals hat Franz Josef Strauß in seinem Buch "Entwurf für Europa" darüber nachgedacht, ob die damalige Sowjetunion für einen Preis von 100 bis 120 Milliarden DM - das wären heute gut 300 Milliarden DM - bereit gewesen wäre, der damaligen Sowjetzone einen Österreich-Status zuzubilligen, um der Freiheit der damals 18 Millionen willen, auf die Einheit zeitweilig verzichten, um Demokratie, Menschenwürde und Freiheit von Menschen zu erreichen. Und damals sagte Strauß: Dafür müßten wir bereit sein, 100 bis 120 Milliarden Mark aufzuwenden.

Aufgrund des Überleitungsvertrages, den ich verhandelt habe, haben wir das für 15 Milliarden Mark erreicht. Meine Damen und Herren, ich glaube, mit der Summe brauche ich mich vor niemandem zu verstecken, der mir diese Schulden ankreiden möchte. (Beifall)

Wer die Verhältnisse und die Infrastruktur in den jungen Ländern nur drei Jahre nach der Wiedervereinigung mit dem

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Zustand vor der Öffnung der Mauer vergleicht, der weiß, was es heißt: "Auferstanden aus Ruinen". Und ich wünschte mir endlich einmal, daß sowohl die politische Klasse des Ostens - das geht hin bis zu einigen Bundestagsabgeordneten der CDU -, aber vor allen Dingen auch die Publizistik endlich einmal darüber berichtet, was dort stattgefunden hat: Nämlich, die Menschen sind zufriedener. Es hat viel mehr an Wiederaufbau stattgefunden, als was täglich bei uns in den Zeitungen zu lesen ist. (Beifall)

Ich habe mir einmal die etwas mühselige Arbeit gemacht, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes genau zusammenzustellen, wie sich das Einkommen und wie sich die persönlichen Verhältnisse der verschiedenen Haushalte in der früheren DDR entwickelt haben. Ich stelle das auch jedem gerne für spätere Auseinandersetzungen zur Verfügung.

Bei einem Arbeiter- und Angestelltenhaushalt - verheiratet, mit einem Kind - hat sich das monatliche ausgabefähige Einkommen von 2430 Mark auf 4049 Mark, also um 1619 Mark bzw. um 66 % von 90 bis 92 erhöht, bei einem Zwei-Personen-Rentner-Haushalt ohne Arbeitseinkommen von 1308 Mark auf 2515 Mark, also um 92,3 %; bei einem Ein-Personen-Rentnerhaushalt ist eine Zunahme von monatlich 636 Mark auf 1350 Mark, um mehr als 100 % festzustellen. Dabei muß man natürlich den Anstieg der Verbraucherpreise dagegenrechnen. Wenn man dies tut, dann stellt man fest, bei Arbeitnehmern verbleibt nach Abzug des Preisanstiegs eine ganz erhebliche Verbesserung der verfügbaren Realeinkommen, bei Arbeitnehmern in einer Größenordnung von mehr als 25 %, bei Rentnern in einem Umfang von etwa 50 %. Dabei muß man sogar noch berücksichtigen, daß wir die alte DDR-Mark mit der D-Mark gleichsetzen, was man natürlich bei einer normalen Umrechnung überhaupt nicht tun dürfte, und jedermann weiß, wie damals die Umrechnungen auf dem schwarzen oder internationalen Markt gewesen sind.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Meine Damen und Herren, wenn man hier feststellt, daß sich bei Arbeitnehmerhaushalten der Zuwachs auf etwa 40 Prozent beläuft, bei Rentnerhaushalten auf etwa 80 Prozent und bei Arbeitslosen zwar der Wohlstandszuwachs geringer ist, aber immerhin ein soziales Netz da ist, dann kann man sagen, daß bei einem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt heute rund 70 Prozent des Westniveaus erreicht sind, und bei Zwei-Personen-Haushalten von Rentnern und Sozialhilfeempfängern schon 88 Prozent des Niveaus in den alten Ländern.

Meine Damen und Herren, ich will mich nicht auf diese Rechnung beschränken. Das Entscheidende ist doch der Gebrauch der Freiheit, der Wegfall von Unterdrückung, ein neues Leben, das die Menschen endlich wieder führen können. Und ich wünsche mir, daß das ein bißchen stärker zum Ausdruck kommt, daß auch die 110 Milliarden Mark, die im Bundeshaushalt für die jungen Bundesländer aufgewendet werden, hie und da zum Ausdruck gebracht werden. Es ist schon unerträglich, wie zum Beispiel die Sozialministerin von Brandenburg, Frau Hildebrandt, täglich auf uns einschlägt. (Zustimmung) Die Frau, wenn nur einen Tag Finanzministerin in Deutschland wäre, dann würde die D-Mark zum Rubel verkommen, meine Damen und Herren. (Beifall)

Wir haben in den vergangenen zwölf Monaten den größten Solidarpakt in der deutschen Geschichte auf den Weg gebracht. Die Haushaltsnotstände der sozialdemokratisch geführten Länder Bremen und Saarland sind nicht in sozialdemokratischer Solidarität von den anderen SPD-Ländern getilgt und behoben worden, sondern vom Bund. Und es schmerzt mich, daß der Bund beim Finanzausgleich Kosten für politische Führung in Rheinland-Pfalz von 225 Millionen Mark zu bezahlen hat. Das haben früher Vogel und Kohl umsonst gemacht und haben das Land besser geführt als heute Scharping. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Wir sind mit dem Solidarpakt für die neuen Länder an den Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angelangt. Im 1995 wird die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenquote den Stand von gut 44 Prozent erreichen. Ich sage in aller Klarheit und Deutlichkeit: Ein weiteres Draufsatteln bei der Steuer- und Abgabenquote ist nicht mehr möglich, weder Arbeitsmarktabgabe noch weitere Energie- und Umweltsteuern, noch eine vorgezogene Solidaritätsabgabe. Es geht auch nicht mehr, daß auch in Kreisen der Union, auch in Kreisen der Koalition jede Woche eine neue steuerpolitische Sau durchs Dorf getrieben wird. Die Leute haben das endgültig satt. (Beifall)

Und es führt kein Weg daran vorbei - höhere Steuern und Abgaben sind nicht mehr möglich, eine Verschuldung in der Größenordnung von 100 Milliarden Mark für den Bundeshaushalt ist nicht zumutbar und mit der Stabilität der D-Mark nicht vereinbar -, es führt kein Weg daran vorbei, daß wir im Bund, in den Ländern, in den Kommunen und in allen Institutionen eisern sparen und vorsichtig an die Ausgaben herangehen. Von "Kaputtsparen" oder von "Anschlag auf den Sozialstaat" kann doch überhaupt keine Rede sein angesichts eines Sozialbudgets von 1000 Milliarden D-Mark, das es in Deutschland gibt.

Und die CSU wird bei allen Dingen sehr klar auf sparsamste Verwendung der Mittel achten. Das gilt auch bei Großvorhaben wie zum Beispiel dem geplanten Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin. Auch da gilt es, Vernunft und Augenmaß unter Beweis zu stellen. (Beifall)

Ich bin nicht bereit, mich, von wem auch immer, zum Beispiel von dem CDU-Abgeordneten Kansy in einer unflätigen Art und Weise politisch anrempeln zu lassen, als ob ich Berlin verhindern wollte. Nein, wir stehen zum Umzug. Nur, meine lieben Freunde, es muß zeitgerecht, und es muß kostengerecht

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

sein. Das sind wir dem deutschen Volk in Ost und West schuldig. (Beifall)

Man muß sich einmal vorstellen, was die, die uns jetzt kritisieren, sagen würden, wenn zum Beispiel ein Kanzleramt in Bonn leersteht, ein Provisorium in Berlin für 40 oder 50 Millionen Mark gebaut werden muß und gleichzeitig dann noch der endgültige Bau des Kanzleramtes in Berlin zum Bau kommt und fertiggestellt wird. Da möchte ich einmal wissen, wenn drei Gebäude nebeneinander stehen und die Kosten aufgelistet werden, was dann die Bevölkerung zu uns sagt. Ich bin dagegen - ich sage das auch hier in aller Klarheit -, die Entscheidung des Bundestags noch einmal umzustürzen. Das geht nicht. Wir sind der Glaubwürdigkeit deutscher Politik verpflichtet. (Beifall) Aber ich bin gegen eine zu frühe Stichtagsregelung, die gar nicht einzuhalten ist, oder die zusätzliche Kosten verursachen würde.

Meine Skepsis richtet sich auch gegen viele andere Großvorhaben, zum Beispiel gegen die EXPO in Hannover. Es ist die Frage, ob man so etwas noch braucht. Und meine lieben Freunde - jetzt spreche ich nur als Privatperson -, ich wäre auch vorsichtig mit den Olympischen Winterspielen 2002 in München und in Oberbayern. Ich wäre ein bißchen vorsichtig bei diesem Thema. (Beifall)

Nicht nur in Deutschland muß gespart werden, sondern auch überall um uns herum. In Italien werden Sozialausgaben gekürzt und der Einkommensanstieg im öffentlichen Dienst auf 1 Prozent begrenzt. Frankreich erläßt einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst, baut 1,5 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst ab und führt Eingriffe in der Krankenversicherung durch höhere Selbstbeteiligung in Höhe von 10 Milliarden DM durch. Und in Schweden werden das Pensionsalter angehoben, die Arbeitslosenunterstützung gekürzt und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 5 Karenztage eingeführt. Wenn ich an die Diskussion bei uns um die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Karenztage denke und mir dann überlege, daß in Schweden, ohne daß der Untergang des Landes stattgefunden hat, fünf Karenztage eingeführt wurden, dann frage ich schon, wie groß der Mut zum Umbau des Sozialsystems bei uns entwickelt ist. (Beifall)

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1994 umfaßt ein umfassendes Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumspaket. Und bei dem Einsparvolumen von über 20 Milliarden Mark für den Bund im nächsten Jahr muß es bleiben. Ich bin nicht bereit, daran Abstriche vornehmen zu lassen. Nur mit diesem Sparpaket, nur mit diesem Konsolidierungskurs haben wir die D-Mark aus dem Gerede herausgebracht und sie wieder zur stärksten Währung gemacht.

Meine lieben Freunde, das steht über allem anderen: 1 Milliarde dort oder woanders, das mag nicht entscheidend sein. Nur, wenn die Bevölkerung den Glauben an uns verlieren würde, daß wir die Stabilität der Mark gewährleisten, dann brauchen wir in 94 überhaupt nicht mehr anzutreten. Darum muß das das Markenzeichen der CSU und unserer Politik sein. (Beifall)

Der Vorwurf, dieses Paket sei nicht sozial ausgewogen, trifft nicht zu. Wir haben überall gekürzt. Wir haben bei den Steuersubventionen in den letzten Jahren über 30 Milliarden Mark abgebaut. Man muß schon einmal sehen, was die Wiedereinführung des Solidarzuschlags, die Verdoppelung der Vermögenssteuer und manches andere bedeutet. Und die so viel gescholtenen Besserverdienenden tragen immerhin über 70 % des Lohn- und Einkommensteueraufkommens. Und, meine Damen und Herren, wir brauchen diese Leistungsträger sehr dringend. Wenn die Steuern und Abgaben in Deutschland zu hoch sind und die Leistungsträger und das internationale Kapital nicht mehr bereit sind, sich in Deutschland zusammenzufinden und das Geld anzulegen, dann wären die Schäden sehr viel

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

größer, als der Nutzen, den man glaubt, durch eine totale Gerechtigkeit erzielen zu können.

Meine Damen und Herren, wer, wie führende DGB-Repräsentanten, die vorgesehenen Einsparungen als Frontalangriff auf den Sozialstaat brandmarkt, der hat den Bezug zur Realität verloren und will damit doch nur von Affären und peinlichen Dingen um die Neue Heimat, um Coop und Franz Steinkühler ablenken.

Und zu einem Weiteren stehen wir. Die Einsparungen müssen wieder verbunden sein mit dem ganz einfachen Satz: Leistung muß sich wieder lohnen. (Beifall) Und dazu gehört, daß der, der arbeitet mehr bekommen muß, als der, der Lohnersatzleistungen bekommt. Und der, der Lohnersatzleistungen bekommt, muß mehr bekommen als der, der Sozialhilfe bekommt. Wenn die Relationen nicht mehr stimmen, dann, meine lieben Freunde, gelingt es uns auch nicht mehr, Akzeptanz im Volk zu erreichen. Und wenn man mir sagt, es sei besonders schlimm, daß die Sozialhilfesätze auch eingefroren oder gekürzt würden, dann kann ich nur sagen, die Sozialhilfesätze sind von 1982 bis 1992 wesentlich schnell gestiegen als die Nettolöhne.

Lassen Sie mich ein Beispiel aus München darstellen. Nach Berechnungen des Münchner Sozialreferats erhält ein vierzigjähriger, verheirateter Sozialhilfeempfänger mit zwei Kindern in München eine Sozialhilfe abzüglich Mietbelastung von 1860 DM. Einem vergleichbaren Industriearbeiter mit zwei Kindern und gleicher Mietbelastung verbleibt bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 3590 DM ein verfügbares Einkommen nach Abzug der Miete von rund 2000 DM, ein Betrag, der im Beispielfall um 150 DM über der Sozialhilfe liegt. Darum sage ich, meine Damen und Herren, es muß uns gelingen, wieder das Abstandsgebot herzustellen, daß der, der arbeitet, mehr bekommen muß, als der, der nicht arbeitet und der, der in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt hat, muß mehr

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

bekommen, als der, der Sozialhilfe bekommt. Das ist auch unsere politische Philosophie, und für die müssen wir bei der Bevölkerung eintreten. (Beifall)

Dazu gehört auch eine ganz konsequente Mißbrauchsbekämpfung im Steuer- und im Subventionsbereich, aber auch bei allen staatlichen Leistungen. In den ersten fünf Monaten hat die Bundesanstalt für Arbeit 20 000 Verdachtsfälle auf Beschäftigung ohne rechtmäßige Arbeitserlaubnis festgestellt. Und im gleichen Zeitraum wurden fast 175 000 Fälle von Leistungsmißbrauch aufgedeckt. Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, es wäre eigentlich notwendig gewesen, diesen Mißbrauch nicht erst jetzt, sondern schon in den letzten Jahren systematisch zu bekämpfen. Dann wäre uns vielleicht mancher Ärger bei der Bevölkerung erspart geblieben. (Beifall)

Unsere Sparbeschlüsse haben es der Bundesbank ermöglicht, die Zinsen weiter zu senken. Seit 1949 waren die langfristigen Zinsen, die für die Investitionsentscheidungen in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung sind, erst zweimal unter 6 Prozent. Da wird doch niemand behaupten können, es habe allein an den deutschen Zinsen gelegen.

Meine Damen und Herren, ich habe den Vorwurf in einem Entwurf des internationalen Währungsfonds, daß die Weltwirtschaftskrise auf die Wiedervereinigung zurückginge, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. Das ist eine Unverfrorenheit, denn wenn es nur die niedrigen Zinsen wären, dann müßte in Amerika die Konjunktur längst boomen. Nein, auf diese billige Weise kann man Deutschland nicht für etwas verantwortlich machen. Die anderen haben von unserer Wiedervereinigung profitiert, jedenfalls die ersten zwei Jahre. Meine Damen und Herren, an uns liegt die Weltwirtschaftskrise weiß Gott nicht. Niemand hat so große Anstrengungen unternommen wie wir. Ich habe die anderen Finanzminister gefragt: "Wie würden dann eure Zahlen aussehen, wenn ihr 5 %

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

eures Bruttosozialprodukts für die Wiederherstellung eurer nationalen Einheit aufwenden müßtet?" Wenn wir für eine bestimmte Zeit unser in Deutschland erspartes Kapital für die Aufgaben Deutschlands hernehmen, dann brauchen wir uns von niemanden in der Welt daraus einen Vorwurf machen lassen. (Beifall)

Wir haben trotz schwierigster Mehrheitsverhältnisse das Standortsicherungsgesetz durchgebracht. Die Unternehmenserträge werden entlastet. Der Körperschaftssteuersatz wird ab 1994 erstmals bei 45 % liegen, und der Einkommensteuersatz für Betriebe - noch 1990 bei 56 % - beträgt künftig 47 %. Wir haben nicht die Spitzensteuersätze für die Besserverdienenden, für die Minister, für die Fußballtrainer, für die Fußballer und für die Intendanten gesenkt, aber den Steuersatz bei der Körperschaftssteuer und bei den gewerblichen Einkünften, damit Geld in Deutschland bleibt und hier wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist die richtige Politik, die wir von der SPD weder desavouieren noch mit dem Neidkomplex uns gegenüber in Ansatz bringen lassen. (Beifall)

Ganz besonders lag und liegt uns eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik am Herzen durch die Einführung eines Staffeltarifs bei der Gewerbesteuer, die Verdoppelung der steuerlichen Altersvorsorge für Selbständige, die Einführung des Sparerfreibetrages von 6000 DM für Ledige und 12000 DM für Verheiratete, die Entlastung der Personenunternehmen und Einführung einer mittelstandsfördernden Ansparabschreibung im Standortsicherungsgesetz, die Erhöhung des Freibetrages für Betriebsvermögen auf 500 000 DM bei der Vermögen- und Erbschaftssteuer. Das alles wäre ohne die CSU nicht möglich gewesen. Und, meine lieben Freunde aus dem Handwerk und aus dem Mittelstand, wir wissen, daß wir auf Sie immer zählen können, aber sagen Sie das draußen stärker, daß wir das trotz einer SPD-Mehrheit im Bundesrat durchgesetzt haben und

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

damit auch in schwieriger Zeit wissen, was wir dem Mittelstand und dem Handwerk schuldig sind. (Beifall)

Die ergiebigste Steuerquelle ist nicht die Steuererhöhungsschraube, sondern das wirtschaftliche Wachstum. 1 Prozent mehr Wirtschaftswachstum bringt 8 Milliarden DM an Steuermehreinnahmen. Das ist die entscheidende Sache. Darauf müssen wir setzen. Darum, meine Damen und Herren, muß - ich habe es vorhin schon gesagt - auch bei der Steuerdiskussion endlich Ruhe herrschen. Der Autofahrer ist nicht erst, wie es neulich ein Minister gesagt hat, bei 5 Mark pro Liter Benzin beunruhigt, er fängt schon eine ganze Weile vorher an, über uns zu schimpfen. Ich kann nur warnen, solche Diskussionen wöchentlich oder monatlich zu führen. (Beifall)

Der Standortbericht der Bundesregierung bietet die Chance für einen vorurteilsfreien Dialog zwischen Politik und Tarifpartner. Die Bayerische Staatsregierung, an der Spitze Edmund Stoiber, widmet sich mit Nachdruck dem Thema Standort Bayern und wie dieser Standort verbessert werden kann.

Wir dürfen dabei die Standortschwächen in Deutschland nicht verschweigen. Mit immer höheren Einkommen, immer geringeren Wochen- und Jahresarbeitszeiten, immer längeren Planungs- und Genehmigungsverfahren und immer stärkeren umweltpolitischen Auflagen können wir unsere Wettbewerbssituation auf den Weltmärkten nicht halten. Bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist unsere Wirtschaft in den vergangenen Jahren von Rang 2 auf Rang 5 abgesackt.

Ich bin allerdings auch dagegen, den Standort Deutschland kaputtzureden. Aber die fetten Jahre sind vorbei. Wir müssen endlich einmal sehen, daß sich zum Beispiel gerade die Einstellung weiter Teile unserer Bevölkerung zum technischen Fortschritt wieder ändern muß. Hochwertige und produktive Arbeitsplätze entstehen nur in jenen Ländern, die an der Spitze des technischen Fortschritts stehen. Und dazu gehört

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

auch eine vernünftige Energiepolitik. Und dazu, meine Damen und Herren, gehört auch das Ja zur Kernenergie. Wir sind nicht bereit, 70 000 DM pro Arbeitsplatz in der Kohleindustrie zu bezahlen, wenn gleichzeitig nicht ein klares Ja zur Kernenergie, die für uns in Bayern so wichtig ist, ausgesprochen wird. (Beifall)

Wir brauchen einen Wandel in unserer Einstellung zur Arbeitszeit. Und wir können auch im sozialen Bereich nicht mehr draufsatteln. Die Pflegefallversicherung ist der erste große Test, ob es uns wirklich gelingt, umzubauen, umzuschichten und eine neue Priorität der Sozialpolitik positiv zu entscheiden. Meine Damen und Herren, hier wird sich auch die Handlungsfähigkeit dieser Koalition und dieser Regierung in ganz besonderem Maße stellen.

Meine Damen und Herren, wir haben einiges auf den Weg gebracht, in der Steuerpolitik, in der Arbeitszeitpolitik, was den Einsatz moderner Dinge anbelangt. Wer aber, wie die SPD und Teile des DGB, den Einsatz der Mikroelektronik als Jobkiller dununziert, wer moderne Technologien im Telekommunikationsbereich blockiert, wer die Kernkraftnutzung und die Gentechnologie als Irrweg kritisiert, und wer die Anpassung der steuerlichen Belastung der Betriebe an das Niveau der anderen westlichen Staaten als Steuergeschenk für die Reichen bezeichnet, wer Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich fordert, der hat jede Glaubwürdigkeit verloren, der hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und würde Deutschland in eine fatale Zukunft stürzen. (Beifall)

Die Chancen für eine Überwindung der Wachstumsschwäche sind günstig. Die jüngsten Konjunkturindikatoren signalisieren ein Ende der Talfahrt. Auftragseingänge, Produktion und Kapazitätsauslastung haben sich stabilisiert. Das Bruttoinlandsprodukt ist im letzten Vierteljahr leicht gestiegen. Nun müssen Arbeitgeber, Gewerkschaften und die öffentliche Hand zusammenwirken, um die Kosten- und Strukturkrise zu

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

bewältigen. Wir brauchen dringender als je zuvor jetzt eine konzertierte Aktion, um gemeinsam die Herausforderung zu lösen.

Meine Damen und Herren, wer in dieser Situation auf Arbeitskämpfe setzt, der hat den Ernst der Stunde nicht begriffen. In der Sendung "Was nun,...?" - mit Edzard Reuter - wurden die Zuschauer befragt, ob sie sich für eine Nullrunde und ob sie sich für oder gegen einen Streik aussprechen. 60 000 Anrufer haben folgendes zum Ausdruck gebracht: 63 % sind für eine Nullrunde und 37 % dagegen; für einen Streik haben sich 42 % und gegen einen Streik 58 % ausgesprochen. Die Gewerkschaften sollten sich gut überlegen, ob sie nicht mit einer falschen Politik neben ihren Mitgliedern liegen, die in der wirtschaftlichen Einsicht bisweilen schon weiter voran sind als mancher Gewerkschaftsfunktionär an der Spitze. (Beifall)

Wir werden die Privatisierung im Bund und im Land ganz konsequent fortsetzen. Wir wissen, daß dies notwendig ist. Es gab keine größere Privatisierungsaktion seit 1949 in der Wirtschaftsgeschichte überhaupt als das, was die Treuhand-Anstalt getan hat. 12000 Betriebe wurden in nicht mehr als drei Jahren privatisiert mit Investitionszusagen von 180 Milliarden DM, Arbeitsplatzzusagen von rund 1,5 Millionen und einer Funktionsfähigkeit eines großen Teils der östlichen Wirtschaft. Und die Sanierung eines sanierungsfähigen Betriebs in Ostdeutschland ist bisher noch an keiner Stelle gescheitert.

Wenn jetzt die SPD im Deutschen Bundestag gegen den Willen aller Ministerpräsidenten in den jungen Bundesländern, gegen den Rat des Gewerkschaftsvorsitzenden Rappe, gegen den Rat des Ministerpräsidenten Stolpe einen Untersuchungsausschuß einsetzt, dann soll dies nur ein Tribunal werden, dann soll dies nur dem Zweck dienen, eine Kriminalisierung zu erreichen, dann soll dies nur dem Zweck dienen, den Bundesfinanzminister für alle 20000 oder noch mehr Verträge haftbar zu

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

machen. Mit einer Politik für den Osten, mit einer Politik für die Menschen, für die jungen Bundesländer hat das überhaupt nichts zu tun. Hier zeigt sich, daß die SPD die deutsche Einheit für ihr parteipolitisches Spiel ausnützt, aber nicht für die Menschen in den jungen Bundesländern. (Beifall)

Ich bedanke mich bei Wolfgang Bötsch dafür, daß er das Grundkonzept zur Postreform II entschieden angepackt hat. Die Bundespost braucht privatwirtschaftliche Organisationsformen, um auf dem nationalen Markt bestehen und auf internationalen Märkten Fuß fassen zu können. Der Eigenkapitalbedarf der Post kann nur durch den privaten Kapitalmarkt gedeckt werden. Auch die künftige Post wird den Infrastrukturauftrag erfüllen und die Postversorgung auf dem Lande sicherstellen.

Ebenso stehen die Grundzüge für eine Reform der Bahn. Auch die Bahn braucht eine privatwirtschaftliche Unternehmensform. Und durch die Mineralölsteuererhöhung, die nicht populär ist, die nicht schön ist, decken wir die Altlasten der Bahn. Sie dient nicht dazu, meinen Bundeshaushalt zu erleichtern, sondern nur dazu, den Schuldenberg der Bahn nicht weiter ansteigen zu lassen.

In einem anderen Bereich, meine lieben Freude, meine Damen und Herren, brauchen wir uns ebenfalls nicht zu verstecken. Wir haben eine aktive und eine erfolgreiche Sozialpolitik betrieben. Allein von 1982 bis 1992 haben wir die Leistungen zugunsten der Familie von 27,5 auf 60,7 Milliarden DM erhöht. Und die Renten sind sicher. Meine Damen und Herren, gerade die ältere Generation, die durch ihre hohe Arbeitsleistung mit geringeren Realeinkommen und wesentlich längeren Arbeitszeiten die Grundlagen unseres heutigen Wohlstandes geschaffen hat, hat einen Anspruch auf Solidarität und Rechtssicherheit. Wir empfehlen der FDP dringend, gerade die Rentner nicht zu verunsichern. Die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Rentner müssen sich auf eine sichere Zukunft der Renten verlassen können. (Beifall)

Horst Seehofer hat eine erfolgreiche Reform der Gesundheitspolitik in die Wege geleitet. Und nun, ich habe es vorhin angedeutet, stehen wir vor dem Problem der Regelung der Pflegeversicherung. Niemand in Deutschland kann doch die Augen verschließen vor mittlerweile über 1,6 Millionen Pflegefällen. Und für viele Betroffene bricht eine Welt zusammen, wenn sie nach 40 Jahren harter Arbeit zum Pflegefall werden und feststellen müssen, daß von ihrer Rente nur ein mageres Taschengeld übrigbleibt und ansonsten die Sozialhilfe einspringen muß. Es ist doch keine Lösung, wenn das die Kommunen über die Gewerbesteuer oder über die Gebühren finanzieren müssen, wenn der Ärger in den Gemeinden, in den Städten, in den Kreisen und in den Bezirken immer größer wird, sich dann Land und Kommunen gegenseitig beschimpfen und mit Vorwürfen bedenken. Hier muß endlich eine überzeugende Lösung kommen, allerdings auch mit dem vollen Kostenausgleich, weil wir im Augenblick der Wirtschaft keine höheren Lasten zumuten können.

Wir werden unser Konzept vorlegen, und dann wird sich zeigen, ob die SPD bereit ist, diese große Tat gemeinschaftlich wie den Rentenkonsens mitzutragen, oder ob sie in diesem und im nächsten Jahr den Konflikt, die Blockade, die Obstruktion will. Ich glaube nicht, daß sich die SPD das vor den Menschen in Deutschland leisten kann. (Beifall)

Und bei einem anderen Punkt hat die CSU wie keine andere Partei Flagge gezeigt. Seit Jahren habe ich immer wieder betont, wer sich für den Umweltschutz, wer sich für den Schutz bedrohter Arten, wer sich konsequent für den Tierschutz, für die Wälder, für die Bäume, für die Natur einsetzt, von dem erwarte ich, daß er mit der gleichen Leidenschaft für das ungeborene Leben in der Schöpfung eintritt. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Kein CSU-Bundestagsabgeordneter hat im Bundestag bei der entscheidenden Abstimmung für die Fristenlösung gestimmt - darauf bin ich stolz - und gemeinsam die Bayerische Staatsregierung und die große Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion. Und dafür bin ich Wolfgang Schäuble dankbar. Gemeinsam haben wir das Bundesverfassungsgericht angerufen, und wir haben auch damit wieder eine Weichenstellung erreicht. Es gibt Dinge, meine Damen und Herren, da mögen Mehrheiten gegen uns sein, aber hier geht es nicht um Mehrheiten, hier geht es um Überzeugung und Gewissen, und da können wir nicht anders handeln, als wir gehandelt haben. (Beifall)

Einige Bauern, an der Spitze der sehr besonnene Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Sonnleitner, haben heute für ihr Anliegen vor der Kongreßhalle demonstriert. Ich habe für diesen Protest großes Verständnis. Ich weiß, wie die Situation in der Landwirtschaft ist, und ich weiß, was die Politik und was die Entwicklung den landwirtschaftlichen Betrieben, gerade den Familienbetrieben, in den letzten Jahren zugemutet hat und was eingetreten ist. Und dennoch sage ich, es gibt keine Partei in Deutschland, die sich so konsequent für die Landwirtschaft und gerade für den landwirtschaftlichen Familienbetrieb einsetzt wie die CSU, in München und in Bonn. (Beifall)

Ich danke dabei in besonderer Weise Ignaz Kiechle, der 10 Jahre lang für die Interessen der Landwirtschaft und seiner Bauern gefochten hat, nicht immer mit Dank überschüttet wurde, der sich aber mit seiner Leistung sehen lassen kann. (Beifall)

Ich habe in den letzten Tagen und Wochen gemeinsam mit dem Kollegen Borchert alles daran gesetzt, daß aus den Währungsbeschlüssen damals in Brüssel keine Nachteile für die deutsche Landwirtschaft entstehen. Wir wissen, wie schwer es ist, GATT und die EG-Agrarreform auf einen Nenner zu

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe, Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

bringen. Jedermann, auch in Bayern, auch in den Dörfern, weiß, daß GATT nicht scheitern darf. Denn viele Menschen auf den Dörfern brauchen ihren Arbeitsplatz in der gewerblichen oder in der industriellen Produktion. Und gerade wir als Exportland, wir brauchen es, wir brauchen aber auch die Landwirtschaft. Wir brauchen sie in Bayern, und wir brauchen sie in Deutschland. (Beifall)

Lassen Sie mich ein Wort zur inneren Sicherheit sagen, eines der Themen, das die Menschen am meisten berührt und wo sie am stärksten von der Politik Entscheidungen fordern. Am Anfang der Entwicklung zum modernen Rechtsstaat stand der Schutz des Bürgers vor der Allmacht des Staates. Heute stehen wir vor dem Problem, wie wir durch den Einsatz der staatlichen Macht den Bürger vor den Rechtsbrechern schützen können. Da gilt eines: Nur ein starker Rechtsstaat kann die Freiheit seiner Bürger gewährleisten.

Die Zunahme der Verbrechen hat viele Ursachen. Aber unsere Bürger haben kein Verständnis mehr, wenn Anzeigen wegen Autodiebstahls oder Wohnungseinbrüchen nur noch registriert und ad acta gelegt werden, Parksünder aber mit der ganzen Strenge des Gesetzes verfolgt werden. (Beifall)

Es spricht für die CSU und die Sicherheitspolitik in Bayern, wenn Bayern mit die niedrigste Verbrechens- und mit die höchste Aufklärungsquote unter allen Bundesländern hat. Ich bin als CSU-Vorsitzender stolz darauf, daß sich unter den 20 Städten Deutschlands mit der höchsten Verbrechensquote keine bayerische Kommune befindet. (Beifall)

Ein Hauptproblem ist die zunehmend organisierte Kriminalität vom Waffenhandel über den Zigarettenschmuggel bis hin zum Drogenbereich. Es muß doch langsam jeden Politiker, auch in der FDP, wachrütteln, wenn in Zeitungen berichtet wird, daß in unseren Großstädten der "Markt des Verbrechens" von der Prostitution über das illegale Glücksspiel bis hin zum

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Autodiebstahl zwischen in- und ausländischen Banden aufgeteilt ist. Die Bekämpfung ist ohne den Einsatz modernster elektronischer Mittel nicht mehr möglich. Wenn es heißt - von Kinkel einmal ausgesagt -, die Wohnung in Deutschland sei heilig, dann muß ich sagen, die Wohnung von Ihnen und von mir hoffentlich, aber die Wohnung des Gangsters, die braucht nicht heilig zu sein in Deutschland. Da ist der große Lauschangriff endlich notwendig. (Beifall)

Deutschland steht vor der Gefahr eines gegenseitigen Aufschaukelns von linken und von rechten Extremisten. Wir sind weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind. Aber es ist schon merkwürdig, wenn jene Politiker und Intellektuellen, die bei der Bekämpfung der RAF vor einer Überreaktion des Staates gewarnt haben, heute beim Kampf gegen die rechten Banden und Vereinigungen geradezu hysterisch nach dem starken Staat rufen. Und, meine Damen und Herren, wer gegen Gewalt von rechts vorgeht, der muß mit der gleichen Konsequenz dem Konzept einer Versöhnung mit den nach wie vor gewaltbereiten Mitgliedern der RAF abschwören. Wie kann man denn zwischen Verbrechern und Staat eine Versöhnung herstellen? Der Staat ist der Inbegriff des Rechtsfriedens und kann sich doch nicht mit Rechtsbrechern versöhnen. Was ist das für eine geistige Welt? Die können wir nicht akzeptieren. (Beifall)

Und wir lehnen auch Sonderrechte für Inhaftierte RAF-Terroristen ab. Ja, wohin kämen wir denn, wenn die sich selber raussuchen dürften, mit wem sie zusammensein wollen. Das könnte man anderen dann auch nicht absprechen.

Und, meine lieben Freunde, lassen Sie mich mit ganz großem Ernst und auch mit Trauer sagen, viele haben den Namen des Sicherheitsbeamten Michael Newrzella vergessen. Während der Name Grams in aller Munde war und für ihn Demonstrationen stattfanden, hat man den Namen des toten Polizisten, der für diese Demokratie und für uns eingetreten ist, schon teil-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht bestimmter Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

weise vergessen. Wir vergessen ihn nicht, und wir danken ihm.

(Lebhafter Beifall)

Die CSU war die erste politische Kraft, die schon vor gut 10 Jahren auf den Sprengsatz Asyl aufmerksam gemacht und politisches Handeln gegen einen offensichtlichen Mißbrauch gefordert hat. Unser Einsatz hat sich gelohnt. Was wir im asylpolitischen Leitantrag vor 12 Monaten gefordert haben, konnten wir zwischenzeitlich nach langen und zähen Verhandlungen mit SPD und FDP, - Edmund Stoiber, Wolfgang Bötsch, und Wolfgang Schäuble wissen, wovon ich spreche - endlich durchsetzen.

Und jetzt geht es darum, meine lieben Freunde, draußen endlich an jedem Biertisch, in jedem Ortsverband, im Kreisverband zu sagen, daß das erfolgreich war. Lag die Zahl der Asylbewerber im Juli 92 noch bei über 46 000, so waren es im Juli 93 nur noch gut 20 000 und im August nur noch gut 14 000. Lag die Zahl der Asylbewerber im September 92 noch bei knapp 46 000, so waren es im September 93 nur noch 17 000. Das ist eine Abnahme um rund 60 Prozent. Meine lieben Freunde, wir dürfen nicht nur handeln, wir müssen endlich auch darüber reden, was wir erreicht haben. Dann werden unsere Mitbürger nicht zu den Reps, zur DVU oder sonstwohin abwandern. Wir haben gehandelt. Die Stimme für die Reps hat in dem Zusammenhang gar nichts gebracht. (Beifall)

Deutschland ist und bleibt ein ausländerfreundliches Land. Wie alle Gewalttaten müssen wir auch Übergriffe gegen Ausländer mit der konsequenten Möglichkeit des Rechtsstaates bekämpfen. Nur mit Sonntagsreden können potentielle Verbrecher nicht zur Umkehr gebracht werden. Wir müssen aber auch eines sehen. Viele Menschen, vor allem ältere, haben Angst vor einer kulturellen Überfremdung. Die Konsequenzen

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

daraus lauten: Wir müssen die Integration der bei uns lebenden Ausländer vorantreiben. Dazu kann auch eine Erleichterung der Einbürgerung zählen.

Nur, ein Instrument löst die Dinge nicht, nämlich die doppelte Staatsbürgerschaft. Es gibt keine doppelte Loyalität zu zwei Staaten und zwei Nationen, von wenigen Ausnahmen abgesehen. (Beifall)

Und ebenso lehnen wir ein Einwanderungsgesetz ab, weil wir in den kommenden Jahren ohnehin mit einem beträchtlichen Zustrom durch die Aussiedler, die Familienzusammenführung, die Bürgerkriegsflüchtlinge, Werkvertragsarbeitnehmer und EG-Ausländer rechnen müssen.

Meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, nach der Wiedervereinigung im Stadium der Neuordnung Europas geht es auch darum, daß Deutschland den ihm zukommenden Rang in der Welt übernimmt mit allen Rechten und Pflichten. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als die anderen von uns erwarten. Das haben wir unter Beweis gestellt. Hier ist die CSU weit über Bayern und Deutschland hinaus vertreten. Ich bedanke mich auch hier bei Carl-Dieter Spranger, gerade auch deswegen, weil er in den letzten Wochen an einem Brennpunkt des Geschehens war, auf den Franz Josef Strauß immer so großen Wert gelegt hat. Und wenn es neben dem Frieden in Mitteleuropa, neben der Chance eines Friedens im Nahen Osten zwischen Palästina und Israel auch die Chance des Friedens im südlichen Afrika gibt, dann wäre auch das etwas, wo sich die CSU, ihr früherer Vorsitzender und wir alle engagiert haben.

Und ein weiterer Punkt steht vor uns. Das ist die Neuordnung in Europa. Wir haben entscheidend zum Gelingen des Vertrags von Maastricht beigetragen, und wir werden alles daran setzen, daß am Ende des Integrationsprozesses ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit einer stabilen Währung und eine

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Politische Union ohne Preisgabe der nationalen Identität entsteht.

Meine Damen und Herren, wenn es uns gelingt, die 12 EG-Staaten und die, die dazuwollen und andere, die ebenfalls langfristig in die EG wollen, auf einen Stabilitätskurs zu bringen, wenn alle europäischen Staaten im Gegensatz zur Vergangenheit bereit sind, die Stabilitätskriterien zu akzeptieren, im Wissen darum, was eine stabile Währung wert ist, im Wissen darum, daß die Wirtschaften sich einander annähern müssen, im Wissen darum, daß nur ein geeintes Europa dem Wirtschaftsraum der Vereinigten Staaten und Japan überhaupt ein Gleichgewicht entgegensetzen kann, dann ist dies kein Nachteil, sondern ein Vorteil für uns. Und entscheidend ist da nicht, ob eine Währungsunion zwei, drei oder vier Jahre früher oder später kommt. Entscheidend ist, daß die Kriterien eingehalten werden und Europa zur Stabilitätszone wird. Das ist der große Vorteil für unsere Volkswirtschaft, für unsere Exporteure und für ganz Europa. Das haben wir mit deutscher Handschrift, mit CSU-Handschrift im Vertrag von Maastricht vereinbart. Und das ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil für uns, meine Damen und Herren. (Beifall)

In den letzten Tagen ist mir vorgeworfen worden, ich hätte mich undiplomatisch für Frankfurt als Sitz der künftigen Europäischen Zentralbank ausgesprochen. Ich sei da zu laut gewesen. Meine Damen und Herren, wenn ein englischer Politiker, wenn ein französischer Politiker, ein Niederländer oder wer auch immer für sich und für sein Land etwas fordert, dann denkt darüber niemand in der Welt etwas Negatives. Ich nehme das Recht in Anspruch, auch für Deutschland das zu fordern, was uns zusteht. Wir sind nicht überproportional besetzt, sondern eher unterproportional. Niemand wird behaupten, daß dies ein unbilliges Verlangen wäre. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Gestern ist auch im Referat von Edmund Stoiber zum Ausdruck gekommen, wie sehr wir in manchen Politikbereichen die Europäische Gemeinschaft und die Vergemeinschaftung der Politiken brauchen. Auch aus den Worten von Wolfgang Schäuble ist deutlich geworden: Keine Aufgabe des Nationalstaates! Nie und nimmer. Sondern die vernünftige Zusammenführung der Dinge, die man allein in manchen Bereichen schlichtweg nicht mehr lösen kann. Und, meine Damen und Herren, in diesem Ziel des gemeinsamen Europas liegt ja auch die Stabilisierung Europas und unserer Zukunft.

Was wir bisher für Osteuropa getan haben, war nicht umsonst. Welche Alternative gäbe es denn dazu? Will noch mal jemand den Rückfall in die Zeit vor 10 Jahren? Unsere Investitionen für Ungarn, für andere Reformstaaten und auch für Rußland sind doch nichts anderes als eine Investition für die Zukunft, für mehr Frieden und für gemeinschaftlichen Handel in der ganzen Welt. Ich habe beim Umschuldungsabkommen mit Rußland dem russischen Botschafter in aller Klarheit gesagt: Ich erwarte bis Ende September, daß die erste Rate von 560 Millionen DM eingeht. Nur dann werde man Rußland in der Welt glauben. Zwei Tage später waren die 560 Millionen DM da. Es ist wichtig, daß diese Staaten sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Sie müssen wissen, auch unsere Möglichkeiten sind beschränkt. Auch wir können dem deutschen Steuerzahler nicht mehr zumuten, als wir ihm in den letzten Jahren hier zugemutet haben. (Beifall)

Wir stehen zur NATO, und wir stehen dazu, daß Deutschland nicht isoliert sein kann, daß Deutschland nicht allein ausscheren kann, daß Deutschland, wie es Franz Josef Strauß formuliert hat, wieder den aufrechten Gang erlernen muß und sich normal verhalten muß wie alle anderen Völker in dieser Welt.

Meine Damen und Herren, vor zwei Jahren haben Sie mich im Amt des Vorsitzenden unserer Partei bestätigt. Diese zwei

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Jahre waren geprägt von politischen Turbulenzen, denen sich die CSU erfolgreich entgegengestellt hat. Die CSU hat ihr politisches Gewicht im größer gewordenen Deutschland aufrechterhalten und in die praktischen Sachentscheidungen eingesetzt. Wir waren die treibende Kraft in den wichtigen Sachfragen vom Asylrecht bis zur Durchsetzung internationaler Bundeswehreinsätze auf der Grundlage von Art. 24 Grundgesetz. Wir haben das Erbe von Franz Josef Strauß konsequent fortgesetzt und Verantwortung für unsere Heimat, für Deutschland und Europa übernommen. Und der von vielen an die Wand gemalte Rückfall der CSU in bayerischen Provinzialismus hat nur in den Köpfen unserer Kritiker, nicht aber in der Politik der CSU stattgefunden, weder in München noch in Bonn. Wir heben uns auch in unserem Erscheinungsbild deutlich von anderen Parteien ab. Wir sind eine Partei ohne Flügelkämpfe. Und ungeachtet des natürlichen Spannungsverhältnisses zwischen Bund und Land funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der CSU in Bonn und in München bestens. In den zuständigen Parteigremien werden in umfassender Weise alle wichtigen Entscheidungen vorbereitet und die anstehenden Themen erörtert.

Wir haben auch - und das war nicht einfach - die Nachfolge von Max Streibl in einer offenen Diskussion gelöst, ohne daß dabei die Partei Schaden genommen hätte. An dieser Stelle möchte ich mich bei Max Streibl für seine Leistung für die CSU und für Bayern herzlich bedanken. (Lebhafter Beifall)

Glaubwürdigkeit, Geradlinigkeit und Geschlossenheit müssen auch in Zukunft das Markenzeichen unserer Partei bleiben. Ich darf mich an dieser Stelle für die tatkräftige Unterstützung bedanken, die ich seit den letzten Parteitagswahlen erfahren habe. Ich danke meinen CSU-Kollegen im Bonner Kabinett, ich danke dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Michael Glos. Ich danke dem Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Viele haben Streit erwartet. Edmund, wir

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

haben sie enttäuscht. Darum sucht man sich etwas anderes aus. Vielen Dank für die Zusammenarbeit. (Beifall)

Ich danke dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Alois Glück. Ich danke meinen Stellvertretern im Landesvorstand, ohne die ich die Arbeit nicht hätte bewältigen können. Und - ich habe es am Anfang schon getan -, ich danke dem Generalsekretär unserer Partei, Erwin Huber.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren geschlossen und erfolgreich gegen unsachliche und hinterhältige Angriffe gegen führende CSU-Politiker zur Wehr gesetzt. Ich erinnere an die Vorwürfe gegen Franz Josef Strauß im Zusammenhang mit Koko. Ich verweise auf die gegen mich gerichteten Angriffe wegen Fleischlieferungen eines Unternehmens, die sich im nachhinein in allen Punkten als haltlos erwiesen haben. Ich erinnere an die Vorwürfe wegen "Lappas" und "Stratos", die sich ebenfalls als völlig haltlos erwiesen haben. Es wird weitergehen, das ganze Jahr, gegen mich und gegen alle von uns. Das muß jeder wissen. Meine lieben Freunde, hier hilft nur Solidarität. Das kann kein einzelner allein bewältigen. (Beifall)

Es glaube doch niemand, daß nur ein einzelner getroffen werden soll. Die Veröffentlichungen der letzten Tage sind doch dazu angetan, dem Parteitag eine andere Überschrift zu geben. Das ist doch der Wunsch und der Vater des Gedankens. Die ganze Partei soll doch damit getroffen werden. Auf der anderen Seite, meine lieben Freunde, müssen wir auch beachten, die Anforderungen an den Politiker haben sich in den letzten Jahren grundlegend geändert. Verhaltensweisen, die noch vor 10 Jahren als pure Selbstverständlichkeit hingenommen wurden, werden heute kritisch beurteilt. An das Verhalten und an das Einkommen der Politiker werden heute ungleich höhere Maßstäbe gesetzt als bei Künstlern, Sportlern, Gewerkschaftsfunktionären oder Vorstandvorsitzenden. Dabei haben auch Politiker ein Recht auf Fehlbarkeit. Und sie

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

haben, was ich auch für mich reklamiere, ein Recht auf Privatsphäre, wo jeder seine Entscheidungen nur vor seinem eigenen Gewissen und vor Gott zu verantworten hat. (Beifall)

Ich brauche mich mit meinem Einsatz für die Partei nicht zu verstecken. Seit dem letzten Wahlparteitag habe ich über 150 politische Termine für unsere Partei wahrgenommen, von den Sitzungen der Parteigremien über Wahlkampfveranstaltungen, Bürgerbegegnungen bis zu internationalen Gesprächen. Und das gleiche gilt für meinen Einsatz für Bayern. Nur durch die Besetzung wichtiger Ressorts ist es der CSU von Bonn aus möglich, Politik für Bayern zu gestalten. Mit den Kommunalwahlen der vergangenen 12 Monate können wir als CSU trotz manchen Schönheitsfehlers zufrieden sein. In Kleinstädten und Mittelzentren, wie zum Beispiel in Stockheim, Alzenau, Karlstein oder Gröbenzell haben wir hervorragende Ergebnisse zu verzeichnen. Während unser Kollege Josef Deimer in Landshut einen großartigen Sieg erzielen konnte, mußten wir in Memmingen, Kaufbeuren und München der Konkurrenz den Vortritt lassen.

Nur eines will ich auch hier sagen: Mit über 43 Prozent der Stimmen hat Peter Gauweiler ein großartiges Ergebnis erzielt, das erst besonders eine Sprache spricht, wenn man die 25 % der CDU in Hamburg dagegensetzt. (Beifall) Ich möchte dir, Peter Gauweiler und der ganzen Münchner CSU für diesen ungeheuer engagiert geführten Wahlkampf danken.

Wenn es uns gelingt, diese Stimmung hinüberzubringen in das nächste Jahr, wenn es uns gelingt, mit der gleichen Kraft in München und in jedem Dorf Bayerns bei den Europawahlen, bei den Landtagswahlen und bei den Bundestagswahlen zu kämpfen, dann werden wir, da bin ich ganz sicher, die Wahlentscheidungen so gestalten können, daß man ohne und gegen uns weder in Bayern noch in Deutschland regieren kann. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

In den letzten Wochen ist ganz deutlich, Edmund Stoiber, du hast das auch gemerkt, eine Aufbruchstimmung in den eigenen Reihen spürbar gewesen. Wenn wir von den Ortsverbänden über die Kreis- und Bezirksverbände bis hin zur Parteispitze geschlossen und offensiv kämpfen, dann können wir auch in der nächsten Legislaturperiode die politisch einzig bestimmende Kraft in Bayern bleiben. Wir nehmen die Sorgen und die Kritik der Menschen ernst und stellen uns der um sich greifenden Politikverdrossenheit.

In der jetzigen Phase des Umbruchs, der Orientierungskrise und der Zukunftsängste trifft - ich sage das immer wieder - der Volkszorn in erster Linie die Volksparteien. Wo soll der, der uns immer gewählt hat, der aber über manchen Entscheidungsprozeß verärgert ist, der sich darüber ärgert, daß es beim Asyl zu spät, bei der Pflege noch nicht und bei manchen anderen Dingen verspätet oder noch nicht zu Entscheidungen gekommen ist, wo soll der sich abreagieren. Daher resultiert manche Denkzettelpolitik und manche Stimme für die Radikalen. Wir müssen die Stimmen alle wieder für uns gewinnen. Der Angst und mancher Weltuntergangsstimmung müssen wir die Sehnsucht der Menschen nach Stabilität und nach Sicherheit gegenüberstellen.

Der in Oxford lehrende Philosoph Leszek Kolakowski stellte jüngst fest, während der Ostblock die Freiheit als menschliches Grundbedürfnis vernachlässigt habe, vernachlässige der Westen das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit.

Die großen Volksparteien tun gut daran, die Parteienverdrossenheit sachlich zu analysieren und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die CSU ist offen für einen kritisch-konstruktiven Dialog mit dem Bürger. Wir machen Druck, damit die den Bürgern auf den Nägeln brennenden Probleme auch entschieden werden. Bei den umstrittenen Fragen der Diäten und der Parteienfinanzierung müssen wir

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

wieder zu überzeugenden und längerfristig haltbaren Lösungen kommen.

Wir müssen selber mit Beispiel vorangehen. Bei den Bundesministern haben wir es zwei Jahre lang getan, bei den Landesministern ist es geschehen, bei den Bundestagsabgeordneten und bei den Landtagsabgeordneten. Ich lade jeden ein, einmal meine Ausstattung im Bundesfinanzministerium zu sehen. Sie werden wirklich nicht behaupten können, daß dort der Luxus herrsche. Wir müssen unsere Politik an festen Grundwerten orientieren und Offenheit für die Zukunft, für neue Herausforderungen, für den Wertewandel in Staat und Gesellschaft unter Beweis stellen. Wir müssen den Bürger stärker an der Meinungsbildung beteiligen und in unserer Partei die Möglichkeiten für die Mitarbeit von Nichtmitgliedern erweitern. Wir müssen aber auch den Bürgern die Grenzen der Politik deutlich machen. Wenn alle Probleme und Risiken auf den Staat abgewälzt werden, dann ist eine Überforderung der Politik die logische Konsequenz. Und wir müssen darauf hinwirken, die Politik nicht zu überfordern, keine uneinlösbaren Schecks auszustellen und Versprechen abzugeben und schließlich politische Führung nicht mit geistig-ideologischer Sinngebung zu verwechseln.

Meine Damen und Herren, mit bloßem Besitzstandsdenken, mit Neinsage-Mentalität, mit Solidaritätsverweigerung, mit Gruppenegoismus, mit Individualismus läßt sich ein freiheitliches Gemeinwesen auf Dauer nicht erfolgreich gestalten. Und lassen Sie mich eines sagen, was auch schon Erwin Huber zum Ausdruck gebracht hat: Die CSU muß sich verstärkt den Frauen öffnen. Auch wenn einige von Ihnen jetzt sagen, der Waigel geht uns auf den Wecker, wir brauchen mehr Frauen als Kandidatinnen auf allen Ebenen. (Beifall) Wir sind in den letzten Jahren mit Frauen als Kandidatinnen nicht schlecht gefahren. Denken Sie an die Oberbürgermeisterwahl in Schweinfurt. Es ist ein gutes Zeichen, daß künftig wahrscheinlich zwei Frauen in der Reihe der Stellvertreter sein

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

werden. Ich verweise auf den hohen Stellenwert des Themas Gleichberechtigung im neuen Grundsatzprogramm. Ich danke allen engagierten Frauen in der Frauenunion, vor allem ihrer Vorsitzenden Gerda Hasselfeldt. (Beifall)

Und die CSU muß sich noch stärker um die politischen Belange und das politische Interesse der jungen Generation kümmern. Wir wollen keine politisch angepaßte, sondern eine kritisch-konstruktive Junge Union. Junge Kandidaten sind ein Gewinn für die CSU. Monika Hohlmeier, Gabi Pauli-Balleis, Werner Schnappauf, Christian Schmidt, um nur einige zu nennen. Wir müssen die JU stärker in die politische Meinungsbildung der Partei einbeziehen. Ich bedanke mich bei Markus Sackmann und den Freunden der Jungen Union für ihre engagierte Arbeit. (Beifall)

Und ich bedanke mich bei der CSA mit Peter Keller, die in einem schwierigen Feld, auf einem steinigen Acker ihre Arbeit verrichtet und der wir dankbar dafür sind, daß sie das große Spektrum der CSU auch in den Arbeitnehmerbereich hinein verifiziert und darstellt. Herzlichen Dank. (Beifall)

Das nächste Jahr, meine lieben Freunde, ist kein Jahr für politische Softies. Das nächste Jahr wird durch harte Auseinandersetzung bestimmt. Innere Sicherheit, Stabilität der D-Mark, Arbeitsplätze, Rolle Deutschlands in der Welt, das werden die Themen sein, die wir offensiv aufgreifen müssen. Wir müssen Kandidaten haben, die Überzeugung und Vertrauen ausstrahlen. Wir müssen eine ehrliche und erfolgversprechende Programmatik anbieten. Sechs Stunden Grundsatzdiskussion gestern haben gezeigt, dies ist eine diskutierende Partei. Nicht alle der Journalisten, die uns in den letzten Jahren vorgeworfen haben, wir würden zu wenig diskutieren, sind bis zum Schluß dabeigeblieben. Leider gilt das auch für manche Delegierte, ich will da gerecht sein.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Wir müssen Glaubwürdigkeit, Geradelinigkeit und Geschlossenheit vermitteln. Die CSU steht zur Bonner Politik, zu der es keine erfolgversprechende Alternative gibt. Wir müssen aber auch konfliktbereit sein. Ich fordere den Bundesvorsitzenden der FDP und den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Kinkel und Solms, auf, in Zukunft im Interesse des Erfolgs dieser Koalition Kompromißbereitschat zu demonstrieren. Wir können nicht nur mit den 5 bis 7 % der FDP-Wähler auskommen, wir brauchen noch zusätzlich über 40 % für CDU und CSU. Nur dann kann vernünftig für Deutschland regiert werden. (Beifall)

Ich bedanke mich beim Bundesvorsitzenden der CDU und beim Fraktionsvorsitzenden, bei Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble, die den Beitrag der CSU zum Erfolg dieser Koalition zu würdigen wissen. Wir wissen aber auch, meine lieben Freunde, auch wenn wir im nächsten Jahr wieder über 50 % bringen, muß die CDU, Wolfgang Schäuble, noch gewaltig zulegen, damit uns der Erfolg insgesamt gewiß ist. Das geht nicht nur mit den starken Figuren Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble. Da muß schon noch ein bißchen mehr dazukommen. Da sollten mal ein paar, die ein feines Gespür für parasitäre Publizistik und für Opportunismus haben, wie Herr Pflüger sich etwas zurücknehmen und zurückhalten. (Beifall)

An der CSU wird der vom CDU-Präsidium nominierte Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten nicht scheitern. (Beifall) Wer Manfred Stolpe nicht kritisiert, hat kein Recht, Steffen Heitman zu kritisieren. (Beifall)

Meine lieben Freunde, während die Deutschen in diesem Jahrhundert immer nur verloren haben - 1918, 1933 und auch 1945 - haben wir heute erstmals wieder Anlaß, mit einem realistischen Optimismus in die Zukunft zu blicken. Während die Generation unserer Väter und Großväter auf den Schlachtfeldern von Verdun und Stalingrad verbluten mußte, steht die junge Generation heute vor Zukunftschancen, von denen man in

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht einmal zu träumen gewagt hätte.

Immer wieder kommt mir in Erinnerung, was Franz Josef Strauß in vielen Reden gesagt hat, nämlich das Wort von Edward Grey damals 1914: "In dieser Stunde gehen in Europa die Lichter aus, und wir werden sie in unserem Leben nicht mehr leuchten sehen." Jeder von Ihnen hat sein Beispiel. Mein Vater, 1895 geboren, hat von 1914 bis 1918 den Ersten Weltkrieg mitgemacht, 1939 zog er in den Zweiten Weltkrieg. Er hat mir oft erzählt, als ihn damals mein 13jähriger Bruder zur Bahn begleitet hat, war seine Hoffnung nur darauf gerichtet, hoffentlich muß der nicht auch noch einrücken. Aber auch das erfolgte 1944, und er kam mit 18 Jahren nicht zurück.

Heute fährt meine Tochter jedes Jahr nach Frankreich und besucht dort ihre Freunde. Heute hat jeder die Chance, in einer geordneten, in einer friedvollen, in einer zukunftsträchtigen Welt sein Leben zu führen. In Europa bestehen nach dem Ende des "kalten Krieges" Chancen wie nie zuvor. Es liegt an uns, diese Chancen zu ergreifen mit Mut, mit Entschlossenheit und mit Kampfkraft. Wenn wir den Menschen eine realistische Zukunftssicht erschließen, dann, da bin ich überzeugt, übertragen sie uns die Verantwortung für unsere bayerische Heimat, für unser deutsches Vaterland und für unsere europäische Zukunft.

Meine lieben Freunde, ich stelle mich dieser Verantwortung in der CSU, und ich gebe das Mandat, das Sie mir vor zwei Jahren übertragen haben, wieder in Ihre Hände zurück. Mit meinem Bericht habe ich Rechenschaft gegeben über die zurückliegende Arbeit an der Spitze der CSU. Ich stelle mich Ihrem Votum, und ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender stehender Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Tagungspräsident Dr. Warnke: Herr Parteivorsitzender, der Parteitag hat Ihnen für die Leistung gedankt, die in Ihrem Bericht zum Ausdruck gekommen ist. Bevor ich die Aussprache eröffne, lassen sie mich ein Wort anfügen.

Dies war das Jahr des Angriffs auf die D-Mark. Internationale Spekulation und internationale Politik waren angetreten, der deutschen Mark ihre Stellung als Ankerwährung Europas streitig zu machen. Daß trotz dieser Angriffe und trotz der ungeheuren Belastung aus der Erblast der DDR, Golfkrieg, Osteuropahilfe, Konjunkturschwäche und strukturellem Wandel unsere deutsche Mark hart geblieben ist, dies ist vor allen anderen das Verdienst Theo Waigels, und dafür danken wir ihm. (Beifall)

Ich eröffne die **Aussprache.** Es liegen drei Wortmeldungen vor. Ich rufe als erstes die Wortmeldung von Hartmut Wiehle auf.

Delegierter Wiehle: Sehr geehrter Herr Waigel! Ich habe in Ihren Ausführungen leider nur sehr wenig gehört über eines der Themen, das uns ganz besonders bewegt und das insbesondere im Mittelpunkt der Bemühungen der neuen Bayerischen Staatsregierung steht, nämlich die Sicherung des Standortes Bayern, nicht nur die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, sondern insbesondere die Sicherung des Standortes Bayern.

Ich würde ganz gerne wissen, inwieweit Sie Ihre Position als Bundesfinanzminister, der doch eine sehr zentrale Rolle in Bonn spielt, dafür einsetzen, um dort auch insbesondere bayerischen Interessen Genüge zu tun. Leider hat man in den vergangenen Wochen in einigen konkreten Fällen den Eindruck gehabt, daß Sie diesen Einfluß in Bonn nicht geltend machen, ganz im Gegenteil. Konkret: Die IABG, ein Hochtechnologieunternehmen im Umland Münchens mit 1500 Arbeitsplätzen in der Luft- und Raumfahrt, ein noch von Franz Josef Strauß

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

hochgelobtes Unternehmen, dessen strategische Bedeutung herausgehoben wurde, wird jetzt - bisher Bundeseigentum - privatisiert und in dem Zuge, verknappt formuliert, an ein amerikanisches Konkurrenzunternehmen verschleudert. Die Bayerische Staatsregierung hat sich sehr darum bemüht - zumindest war das der Presse so zu entnehmen -, deutsche Investoren aufzubieten, die bereit wären, die IABG zu übernehmen. Dies ist auch geschehen. Das Bundesfinanzministerium - so ist zumindest der Eindruck entstanden, hat die Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung, dies zu erreichen, nicht nur nicht unterstützt, sondern sogar hintertrieben. Die IABG wird nunmehr an die Amerikaner verkauft. Es droht nun, daß das Bundesforschungsministerium zentrale Bereiche, namentlich das Raketentestzentrum und den Bereich Magnetschwebebahn dort ausgliedern wird, weil es die Option hat, dies zu tun. Die Konsequenz ist möglicherweise, daß diese Bereiche aus Bayern abgezogen werden.

Konkrete Frage, insbesondere an den Bundesfinanzminister: Inwiefern werden Sie Ihren Einfluß in Bonn geltend machen, daß im Zuge der Privatisierung der IABG kein weiterer Schaden für den Hochtechnologiestandort Bayern entsteht?

Tagungspräsident Dr. Warnke: Da die nächsten beiden Wortmeldungen ebenfalls das Thema IABG betreffen, rufe ich jetzt auf Markus Häuser.

Delegierter Häuser: Herr Parteivorsitzender Dr. Waigel, meine Wortmeldung geht in dieselbe Richtung. Ich möchte mich zunächst für den Brief bedanken, den Sie mir persönlich für den Kreisverband JU München-Land geschrieben haben. Die Betroffenheit unter den Arbeitern, die bei der IABG beschäftigt sind, ist sehr groß. Das Problem besteht darin, wie können wir die Arbeitsplätze, wie können wir die Zukunft Bayerns hier sichern? Ich habe mit einigen gesprochen. Mir hat kürzlich ein Diplom-Mathematiker von der IABG gesagt, er habe sich um Frühpensionierung bemüht, obwohl er noch in

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

einem Alter sei, wo er seine Leistung voll einbringen könnte, weil er vor der Zukunft mit den Amerikanern Angst habe.

Ich möchte mich an der Stelle bei Herrn Staatsminister Dr. Wiesheu bedanken, daß er sich so für die bayerischen Interessen eingesetzt hat, indem er sich bemüht hat, ein deutsches Konsortium auf die Beine zu stellen. Ich möchte die Bitte aussprechen, wenn wir in Zukunft wieder so eine zukunftsweisende, für Bayern entscheidende Sache in Forschung und Technologie haben, daß wir dann eine bayerische Antwort finden müssen, daß wir in Zukunft wieder mehr Rücksicht nehmen auf deutsche Interessen, auf bayerische Interessen für die Zukunft Bayerns und Deutschlands.

Die Kritik fällt mir nach der Rede, die Sie gerade gehalten haben, sehr schwer, weil die Rede sehr gut war, sehr kämpferisch war und sehr bewegend. Herr Dr. Waigel, ich werde Sie nachher auch wieder wählen und bestätigen. Wir stehen alle hinter Ihnen. Ich wollte nur diese konstruktive Kritik vorbringen. Ich danke Ihnen.

Tagungspräsident Dr. Warnke: Jetzt hat das Wort der Delegierte Kupka, Mitglied des Landtags.

Delegierter Kupka: Sehr geehrter Herr Parteivorsitzender, noch eine kurze Anmerkung zur IABG. Der Bundesverteidigungsminister hat die Auffassung vertreten, daß keine sensiblen Bereiche in diesem High-Tech-Unternehmen wären, das Rüstungs- und Privatindustrie geöffnet war und somit einem Verkauf an die amerikanische Bieterseite zugestimmt. Der Bundesforschungsminister sieht nun doch hochsensible Bereiche.

Mir geht es nicht mehr darum, Kritik an dem ganzen Verfahren zu üben, sondern lediglich darum, daß ich Sie bitte, Ihren gesamten Einfluß dafür einzusetzen, daß nicht über die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Intention des Bundesforschungsministers High-Tech-Sparten wie Magnetschwebebahn, raumfahrttechnisches Zentrum, Werkstoffprüfung und -forschung nach Norddeutschland abwandern. Es kann doch nicht der Fall sein, daß wir in der Art und Weise über den Tisch gezogen werden, während unser Wirtschaftsminister eine Initiative mit dem Ministerpräsidenten zusammen für den Wirtschaftsstandort Bayern in Angriff nimmt. Ich würde also sehr herzlich darum bitten, daß diese Dinge bei uns bleiben und wir den High-Tech-Standort Bayern verteidigen können. (Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache und erteile dem Parteivorsitzenden das Wort.

Parteivorsitzender Dr. Waigel: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Häuser, für die sachliche und faire Frage. Und ich weise die Unterstellung des Herrn Wiehle, hier sei etwas hintertrieben oder verschleudert worden, in aller Entschiedenheit zurück. (Beifall) Ich bin gern bereit, über diese Frage intensiv zu diskutieren. Und Sie wissen auch Bescheid. Aber solche Worte in den Raum zu stellen - - Sie wissen ganz genau daß das nicht stimmt.

Der Bundesverteidigungsminister steht vor dem Problem, daß dieses Unternehmen, das ursprünglich zu über 80 % von Verteidigungsaufträgen lebte, in diesem Umfang nicht mehr beliefert werden kann, weil es die Dinge nicht mehr gibt und weil sich das Unternehmen auf neue Beine stellen muß und andere - private - Aufträge finden muß. Der Verteidigungsminister lehnt es ab, weiter die Defizittragung zu übernehmen. Jetzt stehen wir vor der Frage, ob jedes Jahr der Bund über den Haushalt ein Riesendefizit übernimmt, oder ob wir, so wie es Edmund Stoiber und Otto Wiesheu auch bei der Privatisierung in Bayern tun, nach privatisierungsfähigen Konzepten suchen. Und das ist versucht worden. 16 Firmen ist ein Angebot gemacht worden, 16! Und alle Deutschen, alle

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Europäer hätten weit über ein Jahr hinweg Zeit gehabt, sich zu rühren. Sie haben es leider in der Zeit nicht getan. Und dann lag ein Konzept vor mit einem amerikanischen Partner. Dann habe ich das von einem Bayern sicher nicht feindlich gesonnenen Wirtschaftsprüfer, nämlich Roland Berger und seiner Firma überprüfen lassen und auch von der Treuhand, weil ich bis in die letzte Verästelung wissen wollte: Trägt das Konzept für die Firma, für unsere bayerischen und für unsere deutschen Interessen? Roland Berger und andere haben bestätigt: Jawohl, es trägt. Auf diese Firma BDM in Amerika könnt ihr euch verlassen. Sogar der Betriebsrat hat festgestellt, daß dieses Konzept weniger Arbeitsplatzverluste mit sich bringt als jedes andere. Und trotzdem, obwohl dort James Baker und andere sitzen, wäre mir eine deutsche Lösung lieber gewesen. Darum habe ich auch den Versuch von Otto Wiesheu nachdrücklich unterstützt, doch noch andere zu finden. Nur wir konnten auch von denen, die sich ursprünglich bereit erklärt hatten, nicht alle voll halten. Das ist die Realität. Ich brauche schon einen kapitalkräftigen, unternehmerisch wirklich Fähigen, der dies in die Hand nimmt.

Alles, was die militärischen Dinge anbelangt, ist ein volles Einvernehmen gefunden worden. Der Verteidigungsminister hat die Sicherheitsvorkehrungen und die Abschottungen als absolut ausreichend empfunden. Nun versuchen wir, daß die Amerikaner nicht die Mehrheit haben, sondern 45 % und wir über die IVG und weitere Deutsche, die wir einladen, daß die Mehrheit des Kapitals in deutscher Hand bleibt.

Ich habe vor drei Tagen mit James Baker, dem früheren amerikanischen Finanz- und Außenminister gesprochen. Ich habe zu dem Gespräch Martin Mayer, den zuständigen Bundestagsabgeordneten hinzugeladen. Ich habe ihm noch mal gesagt: "James, das ist ein ganz großes Problem für unsere Freunde in München, für unsere Freunde in Bayern." Und er hat mir zugesagt, jedes Gespräch in den Vereinigten Staaten oder

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

hier mit den Verantwortlichen zu führen, um die Sorgen zu entkräften und daraus ein tragfähiges Konzept für die Zukunft zu machen. Das ist die Situation.

Meine Damen und Herren, mehr als ich hier getan habe, mehr Einsatz kann man nicht bringen. Ich habe jede Möglichkeit ausgenützt, um bayerischen und deutschen Interessen gerecht zu werden. Nur, meine Damen und Herren, ich muß für diese Entscheidung nicht nur im Kreisverband der Jungen Union in München, sondern ich muß im Deutschen Bundestag, im Bundesrat, im Rechnungsprüfungsausschuß, im Haushaltsausschuß geradestehen. Da muß ich die beste Lösung darstellen und kann mir nicht vorwerfen lassen, du machst eine Kirchturmpolitik nur für einen Kreis oder eine Firma. Die Unterstellung möge man mir bitte nicht entgegenbringen. (Beifall)

Und wissen Sie, Herr Wiehler, wenn Sie schon so gut informiert sind, dann hätten Sie mal ein Dankeschön dafür sagen können, daß ich es durchgeboxt habe, daß die Ansätze für Luft- und Raumfahrt nicht um fast 200 Millionen Mark gekürzt worden sind und ich mir dafür in jeder Zeitung Deutschlands den Vorwurf machen lassen muß, ich sei nur der Interessenvertreter von Bayern. Ich habe mir in der letzten Haushaltsdebatte von einer FDP-Sprecherin sagen lassen müssen: "Wo immer man hinsieht, sieht man nur, daß der Waigel für Bayern Politik macht." Das wird anscheinend von Ihnen auf dem Parteitag nicht zur Kenntnis genommen, sondern hier wird der Versuch gemacht, mir einen Klotz ans Bein zu binden. Nur, das geht in der Form mit mir nicht.

Ich bedanke mich nochmals bei Herrn Häuser und Herrn Kupka für die sachliche Form der Darstellung und weise Ihre Unterstellungen mit aller Entschiedenheit zurück. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

TOP 11: Entlastung des Parteivorstandes gemäß § 22 Abs. 2 e) der Satzung

Tagungspräsident Dr. Warnke: Der Antrag muß aus der Mitte der Mitglieder kommen. - Ich erteile das Wort Herrn Dr. Kempfler.

Delegierter Dr. Kempfler: Herr Tagungspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich beantrage die Entlastung des Parteivorstandes, und ich hoffe im Sinne des gesamten Parteitages zu sprechen, wenn ich allen Mitgliedern des Parteivorstandes einen herzlichen Dank sage, allen voran dem Parteivorsitzenden, Herrn Dr. Theo Waigel, seinen Stellvertretern, Frau Dr. Mathilde Berghofer-Weichner, unserem Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, Herrn Dr. Jürgen Warnke und Herrn Gerold Tandler für ihre erfolgreiche und vorbildliche Arbeit für unsere Partei. Ich bitte, im Sinne des Antrags zu beschließen. (Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Vielen Dank. Ich komme zur Abstimmung. Die Abstimmung erfolgt per Akklamation mittels grüner Stimmkarte - Rückseite des Stimmblocks -. Wer für den Antrag des Delegierten Kempfler ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - 1 Stimme - Stimmenthaltungen? - Bei 1 Gegenstimme und Stimmenthaltung der Betroffenen so beschlossen. Die Entlastung des Parteivorstandes ist somit angenommen. (Beifall)

Nun, meine Freunde, haben wir noch **Tagesordnungspunkt 5**, die gestern zurückgestellten Anträge. Sie konnten nach der Beratung des Grundsatzprogramms nicht mehr beraten werden. Ich schlage Ihnen folgendes vor, daß die Anträge einschließlich des Dringlichkeitsantrags oberpfälzischer Abgeordneter unter Tagesordnungspunkt 15 Verschiedenes aufgerufen werden. Sollte das aus Zeitgründen nicht mehr möglich sein, dann bitte ich folgenden, vorsorglichen Beschluß zu fassen:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Die Anträge an den 57 Parteitag werden, soweit sie nicht mehr behandelt wurden, an den Parteiausschuß am 18. und 19. März 1994 in Deggendorf zur Beschlußfassung verwiesen.

Möchte jemand gegen diesen Beschluß sprechen?

Delegierter Müller: Herr Tagungspräsident, ich stimme diesem Vorschlag zu mit einer Ausnahme. Ich möchte, daß der Dringlichkeitsantrag der oberpfälzischen Abgeordneten hier und jetzt verabschiedet wird. (Beifall)

Tagungspräsident Dr. Warnke: Ich glaube, Herr Kollege Müller, wir sollten den Dringlichkeitsantrag, der ja möglicherweise eine Debatte hervorruft, wenn Sie das so wünschen, mit Sicherheit noch heute unter TOP 15 behandeln, ihn also von dem vorsorglichen Beschluß ausnehmen, aber jetzt unverzüglich zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zur Wahl kommen. - Könnten Sie damit einverstanden sein? - Einverstanden?. Gut. Nächste Wortmeldung!

Ein Delegierter: Wir haben in der Antragsmappe ein paar satzungsändernde Anträge. Dabei geht es ja darum, ob irgendwelche Leute dann automatisch im Vorstand sind. Diese Anträge sollten wir vorher behandeln.

Tagungspräsident Dr. Warnke: Das kann doch für diese Wahlen jetzt nicht Wirksamkeit haben. Satzungsänderungen können Wirksamkeit entfalten für die Zeit nach dieser Wahl, aber diese Wahl findet auf jeden Fall unter der alten Satzung statt. Deshalb bitte ich, daß wir den Präventivbeschluß in der vorgeschlagenen Form fassen mit der Maßgabe, daß der Dringlichkeitsantrag auf jeden Fall aufgerufen wird. - Noch eine Wortmeldung!

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Ein Delegierter: Ich möchte noch mal für die Oberpfälzer sprechen. Der Dringlichkeitsantrag stellt einen wirklich bedeutenden Schritt für die nahe Zukunft unserer Bundesrepublik dar. Wir müssen als CSU dem Wähler gegenüber klar und deutlich machen, was wir für eine Meinung bezüglich Berlin als Regierungssitz und Hauptstadt haben. Wir wissen alle, wenn wir diesen Dringlichkeitsantrag nicht jetzt behandeln, daß er dann untergehen wird. Wir wissen alle, wie lange sich die Wahlen hinziehen werden, wie lange die Veranstaltung noch dauern wird und wie es mit der Anwesenheit der Delegierten um sechs oder sieben Uhr abends bestellt sein wird. Darum bitte ich darum, den Dringlichkeitsantrag jetzt beschließen zu lassen.

Tagungspräsident Dr. Warnke: Wir werden darüber abstimmen. Wir haben Ihren Gegenvorschlag gehört. Ich stelle noch mal fest, mit dem von mir verlesenen Antrag ist die Behandlung des Dringlichkeitsantrags gesichert. Ich bin sicher, daß wir dann auch noch die nötige Zahl der Delegierten haben werden. Wer für den Vorschlag ist, den Präventivbeschluß zu fassen und die Anträge unter TOP 15 aufzurufen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer größeren Zahl von Gegenstimmen mit großer Mehrheit **angenommen.**

Nun treten wir in die Wahlen ein, und ich übergebe das Präsidium an Frau Berghofer-Weichner.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 12:

TOP 12: Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes gemäß § 22 Abs. 2 f) der Satzung

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich habe zunächst eine Reihe von formalen Feststellungen zu treffen, die uns die Wahlen in korrekter Form ermöglichen sollen.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Parteitags haben heute vormittag ein braunes Kuvert erhalten mit folgendem Inhalt: Ein Block mit farbigen Stimmzettel, Rückseite: die grüne Stimmkarte für offene Abstimmungen, ein großer gelber Stimmzettel, ein großer hellgrüner Stimmzettel, ein Wortmeldezettelblock und eine Liste des amtierenden Parteivorstandes. Ich bitte, sich zu vergewissern, daß das jeder in Händen hat. Haben sich alle stimmberechtigten Mitglieder in die Anwesenheitsliste eingetragen? Hat jeder die Wahlunterlagen abgeholt? Beschädigte oder nicht komplette Unterlagen - es kann auch mal ein numerierter Zettel fehlen - werden vor Beginn der Abstimmung am Tisch des Tagungspräsidiums an der Bühne ergänzt. Die Wahlvorschläge selbst werden auf die Leinwand projiziert, müssen also nicht mitgeschrieben werden.

Wir brauchen einen **Wahlausschuß.** Ich schlage Ihnen als Vorsitzende **Frau Helen Jungkunz**, Stellvertretende CSU-Bezirksvorsitzende aus Nürnberg, vor, als Stellvertretende Vorsitzende **Frau Ingrid Frömming**, CSU-Kreisvorsitzende aus Starnberg, als Beisitzer Herrn MdL Adolf Beck, CSU-Kreisvorsitzender Regensburg-Land, Herrn Norbert Geis, MdB, CSU-Kreisvorsitzender Aschaffenburg-Land, Markus Ferber, JU-Bezirksvorsitzender Schwaben, Tobias Reiß, stellvertretender JU-Bezirksvorsitzender Oberpfalz. Besteht damit Einverständnis? Oder werden Gegenvorschläge gemacht? - Das ist offen-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

sichtlich nicht der Fall. Als Helfer des Wahlausschusses sind die hauptamtlichen Geschäftsführer unter Führung von Herrn Hörmann zum Auszählen der Stimmen bestellt. - Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Mitglieder des Wahlausschusses begeben sich jeweils nach Abschluß der Wahlgänge in den Auszählraum. Die Helfer des Wahlausschusses werden jetzt in den Auszählraum in der Vorhalle gebeten.

Nun kommen wir zum Wahlverfahren selbst. Nein-Stimmen sind bei jeder Wahl gültige Stimmen nach § 45 Abs. 4. Bei der Ermittlung der Mehrheiten sind ungültig bei allen Abstimmungen Stimmenthaltungen und Stimmen, die auf Personen entfallen, die nach den wahlrechtlichen Vorschriften nicht wählbar sind oder ihr Einverständnis mit einer Kandidatur verweigert haben. Bei Sammelabstimmungen sind zusätzlich die Stimmen ungültig, die für nicht vorgeschlagene Personen abgegeben werden, wenn die Zahl der Vorgeschlagenen die Zahl der zu Wählenden übersteigt. Ungültig sind ferner Stimmzettel, auf denen weniger als die Hälfte der möglichen Stimmen für wählbare Bewerber oder mehr als die möglichen Stimmen abgegeben werden, wobei als Stimme für einen Bewerber nicht etwa ein "Nein" hinter seinem Namen dient, sondern es muß eine positive Entscheidung für eine Person sein. Die Reihenfolge der Gewählten bei Sammelabstimmungen ergibt sich aus der Anzahl der auf sie entfallenden Stimmen. Ich weise schon darauf hin, daß sich damit auch die Gefahr einer Stichwahl abzeichnet und bitte Sie, sich mit Ihren Abreisevorstellungen darauf einzurichten.

Dem Parteitag gehören 1076 stimmberechtigte Mitglieder an. Laut Anwesenheitsliste sind 965 Delegierte anwesend. Damit ist die Beschlußfähigkeit gegeben.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Wahl des Parteivorsitzenden

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zum eigentlichen Wahlgang, zunächst zur Wahl des Parteivorsitzenden. Hier ist gemäß § 45 Abs. 1 a) der Satzung Einzelabstimmung erforderlich. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Ich rufe den Wahlgang auf und bitte Sie, den Stimmzettel Nr. 1, hellblau, vorzubereiten.

Zu einem Vorschlag hat das Wort der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Stoiber: Meine lieben Parteifreunde, wir kommen jetzt zur wichtigsten Entscheidung des Parteitages. Es ist für mich kein formaler Akt. Ich schlage Ihnen aus voller Überzeugung vor, unseren bisherigen Parteivorsitzenden Theo Waigel mit einem überzeugendem Votum in seinem Amt zu bestätigen. (Beifall)

Theo Waigel führt das Amt nach dem Tod von Franz Josef Strauß seit sechs Jahren. Die Christlich-Soziale Union ist in schwierigen Zeiten der stabile Faktor in der Bonner Koalition. Theo Waigel führt daneben das nach dem Bundeskanzler wohl schwierigste Amt in der Bundesrepublik Deutschland. Es zeichnet die CSU aus, daß sie schwierige Positionen und Aufgaben, auch wenn es manchmal unpopulär sein mag, annimmt. Und letztens, meine Damen und Herren, ich darf Ihnen versichern, wir, Theo Waigel und ich, wir kennen uns seit mehr als 20 Jahren. Ich möchte Theo Waigel in seinem Amt unterstützen, weil ich glaube, daß er als Parteivorsitzender und ich als Ministerpräsident zusammen das Schiff so gut wie nur möglich lenken wollen. Deswegen bitte ich Sie ganz besonders. Ein überzeugendes Votum stärkt die CSU heute. - Danke schön. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Zu wählen ist also der Parteivorsitzende. Vorgeschlagen ist Theo Waigel. Ich schließe die Vorschlagsliste. Ich bitte, den kleinen blauen Stimmzettel Nr. 1 zu verwenden. Ich bitte, dann die Stimmzettel einzusammeln. - Ich bitte, die Stimmen auszuzählen. Ich gebe außerdem bekannt, daß nach Feststellung, daß doch nicht jeder seine Unterlagen hatte, weitere Delegierte Unterlagen abgeholt haben, so daß jetzt 1002 stimmberechtigte Delegierte anwesend sind, die sich jetzt schon an dieser Wahl beteiligt haben.
Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir nicht etwa warten, sondern weiter vorangehen.

Wahl der vier stellvertretenden Parteivorsitzenden

Diese Wahl kann in Einzel- oder Sammelabstimmung erfolgen. Gewählt ist, wer die relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Die Erfahrung hat ergeben, daß einzelne Zettel, die einzeln eingesammelt werden und je nur einen Namen enthalten, leichter auszuzählen sind, als ein Zettel auf dem bis zu vier Stimmen untergebracht werden. Ich schlage Ihnen also vor, die bewährte Methode beizubehalten und in Einzelabstimmung die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden durchzuführen. Ich möchte darüber gerne abstimmen lassen und bitte diejenigen, die damit einverstanden sind, die Stimmkarte hochzuheben. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen so entschieden.

Das Wort hat Dr. Theo Waigel.

Dr. Theo Waigel: Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde! Lassen Sie mich, bevor wir zur Wahl kommen, noch etwas tun, was mehr als eine Selbstverständlichkeit ist, was mehr als eine Pflichterfüllung ist und mir aus tiefem Herzen kommt, nämlich mich bei drei stellvertretenden Parteivor-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

sitzenden herzlich zu bedanken, die heute nicht mehr kandidieren. Mein ganz besonders herzlicher Dank gilt Frau Mathilde Berghofer-Weichner, die seit 25 Jahren stellvertretende Parteivorsitzende der Christlich-Sozialen Union ist.

(Langanhaltender Beifall)

Meine lieben Delegierten, wenn jemand diesen Beifall verdient hat, dann Mathilde Berghofer-Weichner. Es ist eine beispiellose Ära. Schon früh hatte sich die "eiserne Lady" der CSU politisch betätigt und wurde bereits 1956 in den Gemeinderat von Gauting gewählt. Damals war dies fast noch eine Sensation. Sie wurde dort Vorsitzende der Fraktion und bereits ein Jahr danach Mitglied des CSU-Landesausschusses. 1970 zog sie in den Bayerischen Landtag ein, wo sie seit 1978 den Starnberger Stimmkreis vertritt. 1974 wurde sie als erste Frau Mitglied einer bayerischen Staatsregierung in der Funktion als Staatssekretärin im Kultusministerium. Sie, die jeder Quotenregelung skeptisch gegenübersteht, ließ nie einen Zweifel aufkommen, daß sie nicht auf Quoten angewiesen war, sondern stets durch Fachwissen, Gestaltungskraft und auch durch notwendige Härte zu überzeugen wußte. (Beifall)

Aber, liebe Mathilde, es war nicht nur Härte, es war ein tiefes Herz. Ich habe das bei deinem Geburtstag und bei vielen anderen Gelegenheiten verspürt. Und in sehr schweren Stunden dieser Partei standest du immer zur Verfügung bei vielen Gelegenheiten, die nicht nach draußen dringen, wo man sich aber auf dich menschlich hundertprozentig verlassen konnte. (Beifall) In einem Interview hat sie 1980 bekannt, ihr Grundsatz sei: Sei selbstbewußt. Und dieser selbst gewählte Anspruch zeigt, hier ist eine Frau politisch tätig, die ihre Meinung konsequent vertritt und um der Sache willen auch keiner Diskussion aus dem Wege geht. Geachtet von den Parteifreunden und von Fachleuten, gefürchtet beim politischen Gegner hat Frau Berghofer-Weichner, die im privaten

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Kreis charmant und humorvoll auftritt, maßgeblich die Politik der CSU mitgestaltet. Vor dir hat sogar Franz Josef Strauß Respekt gehabt. Du verdienst unser aller Dank und Anerkennung. (Beifall) Liebe Mathilde, ich darf dir die goldene Franz-Josef-Strauß-Medaille als Erinnerung übergeben. (Beifall)

Ein weiterer stellvertretender Parteivorsitzender stellt heute sein Amt zur Verfügung, Dr. Jürgen Warnke. Dr. Jürgen Warnke kam zu mir vor einigen Wochen und sagte: "Theo, alles hat seine Zeit. Und ich glaube, es ist gut, wenn ich den Weg frei mache für eine neue Lösung, ohne gedrängt zu sein, ohne bedrängt zu werden. Ich will dies selbständig der Partei anbieten." Seit 1987 hat er das Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden ausgeübt. In Oberfranken verwurzelt hat er sich vor allem durch seinen Einsatz für das ehemalige Grenzland einen Namen gemacht. Ohne Jürgen Warnke wäre Zonenrandförderung und Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur fast nicht denkbar. (Beifall)

Und wenn in den vergangenen 20 Jahren die Benachteiligungen des Grenzlands und der strukturschwachen Räume schrittweise abgebaut, die passive Sanierung dieser Räume gestoppt und die Defizite in der Infrastrukturausstattung beseitigt wurden, so ist dies mit ein Verdienst von Jürgen Warnke.

Von 1982 bis 87 und von 89 bis 91 stand er an der Spitze des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Entwicklungshilfe bedeutete für ihn Hilfe zur Selbsthilfe im Geiste eines christlichen Politikverständnisses. Und gegen harte inner- und außerparlamentarische Widerstände gelang es ihm, die Entwicklungspolitik zu entideologisieren und in den Entwicklungsländern Überzeugungsarbeit für die soziale Marktwirtschaft zu leisten. Auch in seiner Amtszeit als Bundesminister für Verkehr hat er sich gerade auch bei der Anpassung der deutschen Verkehrspolitik an die Herausforderungen des EG-Binnenmarktes große Verdienste erworben.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Lieber Jürgen, wofür ich dir auch vor allen Dingen danke, das sind die vielfältigen Kontakte, die du schon früher zu Familien, zu Einzelnen, zu kirchlichen Gruppen in der DDR geknüpft hast und dein bemerkenswerter Beitrag im Jahre 1990 zum Gelingen der Wende, um dort die Demokratie mit aufzubauen. Du wirst auch weiter politisch tätig sein. Ich bitte dich herzlich auch künftig um Rat und Tat. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Nun hat man mir auch noch Abschiedsworte für Edmund Stoiber aufgeschrieben. Die werde ich nicht verlesen. Es dreht sich ja schließlich nicht um einen Abschied, sondern um die volle weitere Mitarbeit in der ersten Linie. Es ist ein formaler Akt, daß er nicht mehr zum stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidiert. Aber ich danke dir für diese Arbeit, Edmund, in den letzten vier Jahren. Ich danke dir für die Zusammenarbeit. Ich danke dir vor allen Dingen für deine Arbeit als Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU. Der Parteitag hat dies gestern mit zum Ausdruck gebracht. Dies hier ist nur die Veränderung einer Position, natürlich kein Abschied. Aber auch dir möchte ich herzlich für diese wichtige Phase in deinem Leben danken und auch dir die Medaille des Mannes übergeben, dem du viel verdankst und mit dem du eng zusammengearbeitet hast. Herzlichen Dank, für deine Arbeit als stellvertretender Parteivorsitzender.

(Anhaltender Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Meine Damen und Herren, ich rufe auf die Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Vorschläge dazu? Das Wort hat Herr Dr. Waigel.

Dr. Theo Waigel: Liebe Delegierte, eigentlich sollte man sich nach der Wiederwahl, von der ich hoffe, daß sie mit 51 % oder knapp darüber ausgeht, nicht mehr so viel Arbeit machen. Aber nehmen Sie es mir nicht übel, daß ich selber

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

nun die Vorschläge mache, die wir uns natürlich miteinander überlegt haben.

Selbstverständlich bin ich für Einzelabstimmungen, aber ich hoffe, Sie sind mir nicht böse, wenn ich alle Vorschläge nenne, die gemacht werden. Selbstverständlich können Sie die Vorschläge ergänzen.

Ich schlage als ersten vor den bisherigen langjährigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Gerold Tandler. (Beifall)

Ich weiß, Gerold, was in diesen Tagen in dir vorgeht. Ich habe in diesem Jahr ähnliches erlebt. Gestern hat Gerold Tandler den Parteitag in einer schwierigen Diskussion souverän geleitet, wie man es immer von ihm gewohnt ist. Er hat, ich bitte das nicht zu vergessen, eine beispielhafte Arbeit als Generalsekretär geleistet. Und er war ein ausgezeichneter Innen-, ein guter Wirtschafts- und ein fachkundiger Finanzminister. Die Vorwürfe sind nicht neu, und sie kommen genau jetzt. Vorverurteilungen werden überall als unzulässig bezeichnet. Auch bei uns. Seine Einlassung ist glaubhaft. Ich wäre dir dankbar, Gerold, wenn du vielleicht auch von dieser Stelle ein paar Bemerkungen dazu machen würdest. Von dir weiß ich jedenfalls, daß du eine volle Klärung und volle Aufklärung des Sachverhalts wünschst. Du hast gesagt, und das glaube ich, daß du nichts zu verbergen hast. Darum schlage ich Gerold Tandler für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden vor. (Beifall)

Ich schlage gemeinschaftlich für viele andere, die Frauenunion und viele andere Gruppierungen, Monika Hohlmeier als weitere stellvertretende Parteivorsitzende vor. (Beifall)

Sie vorzustellen und darzustellen, brauche ich nicht. Ich glaube, sie war überall im Land. Sie haben sie als engagierte, sachkundige junge Politikerin kennengelernt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Ich schlage weiter eine andere Staatssekretärin aus dem Kabinett Edmund Stoiber vor, Barbara Stamm (Beifall), die engagierte Kämpferin für soziale Anliegen, für die Frauen, für die Familien und viele soziale Probleme bei uns im Land. Auch sie kennt jeder Delegierte aus vielen Parteitagen.

Und ich schlage vor, was auch einer Anregung von Jürgen Warnke entspricht, daß wir Ingo Friedrich, unseren Vorsitzenden der Abgeordneten im Europäischen Parlament zu einem der Stellvertreter wählen. Er ist dort Nachfolger von Fritz Pirkl, dessen heute früh im geistlichen Wort gedacht wurde und dem auch ich nochmals herzlich danken möchte. Gerade im Hinblick auf die Europawahlen, wäre es ein sehr positives Zeichen, wenn einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden im Europäischen Parlament ist. Ingo Friedrich hat sich über den Weg der Jungen Union überzeugend im Beruf und im Europäischen Parlament für diese Aufgabe qualifiziert. Ich glaube, alle vier gemeinsam stellen eine gute Mannschaft dar, mit der wir uns in der Zukunft vor den Frauen und vor den Männern sehen lassen können. Vielen Dank. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ob wir das dann weiterhin als "Mann"schaft bezeichnen, müssen wir uns noch überlegen.

Jetzt hat das Wort zu einer Erklärung, Herr Gerold Tandler.

Gerold Tandler: Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben zu Recht erwartet, daß ich hier vor diesem Parteitag gerade angesichts meiner Wiederkandidatur als stellvertretender Parteivorsitzender zu den Vorwürfen Stellung nehme, die in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit gegen mich erhoben worden sind.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Zunächst habe ich festzustellen, und Theo Waigel hat es bereits gesagt, mit dem in der Öffentlichkeit diskutierten Steuerfall war ich nicht befaßt und habe in keiner Weise auf die Entscheidungen Einfluß genommen. Ich habe gestern abend vernommen, daß sich ein Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages mit diesem Vorgang beschäftigen wird. Ich sehe diesem mit Gelassenheit entgegen. Denn der Untersuchungsausschuß wird, was meine Person anbelangt, nur bestätigen können, daß das, was ich hier ausführe, der Wahrheit entspricht.

Zweitens, in diesem Zusammenhang ist auch die Geschäftsbeziehung, die zwischen 1979 und 1985 zwischen Herrn Dr. Zwick und mir bestand, in der Öffenltichkeit diskutiert worden. Ich möchte Ihnen hier in aller Offenheit und Freimut die Zusammenhänge erläutern.

Im Jahre 76 haben meine Frau und ich nach reiflicher Überlegung uns dafür entschieden, tätig zu werden im Bereich des Mittelstandes und das Hotel "Post" in Altötting zu erwerben und wieder zu eröffnen. Kurze Zeit danach kam der damalige stellvertretende Leiter der Hotelberufsfachschule Bad Reichenhall, Herr Ries, auf uns zu und schlug vor, in Alt/Neuötting gemeinsam eine Hotelberufsfachschule ins Leben zu rufen. Das haben wir getan. Schulräume fanden sich am Stadtrand von Neuötting in Form der früheren Volksschule von Alzgern, die fast neu durch die Schulreform überflüsig geworden war. Das Internat, das für den Betrieb einer solchen Schule notwendig ist, fand zunächst Unterkunft in einem Teil der Zimmer des Hotels und in einem Haus, das meiner Frau gehörte und zu einem Internatsgebäude für diesen Zweck umgestaltet wurde. Nach einer gewissen Zeit stellte sich heraus, daß sowohl die Zahl der Zimmer wie das Auseinanderliegen von Schulgebäude und Internatsgebäude sich als unzweckmäßig erwies bzw. die Zahl der Zimmer zu wenig war.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Es stellte sich die Frage, wie ein Internatsgebäude errichtet werden könne. Und jeder weiß, der im mittelständischen Bereich tätig ist, daß man, wenn man selbst das Geld nicht hat, sich eben nach einem Partner umsieht. Der wurde gefunden. Der Zweck dieser gemeinsamen Firma war die Errichtung eines solchen Internatsgebäudes. Das geschah. Als dann 1985 die Schule, aber auch das Internatsgebäude in andere Hände übergehen sollte, nämlich an den bisherigen Partner, Herrn Ries, und seine Frau, war auch die Frage des Verkaufs dieses Gebäudes aus der Firma Internats GmbH & Co. KG akut. Der Verkauf geschah. Und die Verkaufssumme deckte exakt jenen Betrag, der durch die Finanzierung des Grundstücks und Bau des Gebäudes aufgenommen worden war. Das heißt, die in der Öffentlichkeit diskutierten Millionengewinne gab es nicht. Die waren nur in den Schlagzeilen zu finden. Zu diesem Vorgang kann ich nur sagen, ich schildere die Wahrheit, wenn ich sage, es wurde daran nichts verdient, es wurde allerdings daran auch nichts verloren. Das Geschäft endete mit einer schwarzen oder roten Null, wie immer Sie das bezeichnen wollen. Auch diese Angaben, die ich hier mache, entsprechen der Wahrheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich in dieser Woche, in der diese Abläufe in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind, natürlich auch mit den damit zusammenhängenden Fragen beschäftigt, was tut man da. Ich bin ja, was politische Stürme anbelangt, kein Neuling. Der erste brach vor rund 15 Jahren über mich herein in Gestalt des Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag zum Asylproblem. Grundlage und Anlaß war ein Vorgang, der das Ministerbüro längst verlassen hatte, als ich als frisch gebackener Innenminister dort Einzug gehalten hatte. Die Ursache war eine ganz andere, nämlich die, daß ich damals schon als frisch gebackener Innenminister mich öffentlich dafür eingesetzt habe, daß, um dem Mißbrauch des Asylrechts vorzubeugen, eine Änderung bzw. Ergänzung des Grundgesetzes notwendig sei. Man sieht, wie lange es manchmal braucht, bis

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

gute Ergebnisse bei notwendigen und sachgerechten Entscheidungen erzielt werden können.

Aber dies betrifft jetzt eine persönliche Sache. Und unabhängig von der eigenen persönlichen Befindlichkeit, die ich nicht öffentlich diskutieren möchte, betrifft es natürlich auch die Familie, die Frau und die Kinder, und es betrifft auch die Partei. Ich führe hier auch ganz offen aus, Sie wissen, ich will es gar nicht näher unterstreichen, aber ich gehöre durchaus zu denen, die persönliche Wünsche Notwendigkeiten der Partei unterzuordnen wissen. Deswegen habe ich auch ernsthaft erwogen, heute nicht zu kandidieren. Aber ich sehe letztlich nicht ein, daß die Frage, wer einer der vier Stellvertreter von Theo Waigel und damit des Parteivorsitzenden der CSU wird, dadurch entschieden wird, daß zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt eine ganz bestimmte Sache ganz konkret in die Öffentlichkeit lanciert wird. (Beifall)

Deshalb war meine Antwort auf die mir selbst gestellte Frage, die ich, das bekenne ich auch in aller Offenheit, mit einer Reihe von Freunden oder Freundinnen und Freunden aus der Partei besprochen habe, für mich die, die Frage, ob ich kandidiere, sofern ich vorgeschlagen werde, entscheide ich. Und die Frage, ob ich gewählt werde, entscheiden Sie. Ich stelle mich deshalb dieser Ihrer Entscheidung, denn ich habe mir in diesem Zusammenhang, wie ich der Presse gegenüber schon erklärt habe, nichts vorzuwerfen. Ich betone noch einmal, daß ich den Untersuchungen mit Gelassenheit entgegensehen kann, ja an diesen um meiner selbst willen sogar sehr interessiert bin. Deshalb bitte ich heute um Ihr Vertrauen.

(Lebhafter Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Vielen Dank, Gerold Tandler. Ich rufe nun die einzelnen Wahlgänge auf,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

zunächst den ersten Wahlgang. Ich würde vorschlagen, daß wir der Kontinuität halber mit dem Vorschlag **Gerold Tandler** beginnen. Vorgeschlagen ist also Gerold Tandler. Ich frage Sie, werden weitere Vorschläge für diesen ersten Wahlgang gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich den rosa Stimmzettel, Nummer 2, zu verwenden, ihn auszufüllen, wobei auch ein "Ja" genügt, wenn man sich den Wahlgang vereinfachen will. Ich bitte, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. - Ich schließe den Wahlgang und bitte, mit dem Auszählen zu beginnen.

Meine Damen und Herren, ich habe eben Klagen gehört, daß bei dem sowieso begrenzten Wahlgeheimnis, das hier herrscht, auch noch die Kameras der Medien auf die Stimmzettel gerichtet sind, wenn sie ausgefüllt werden. Ich bitte also herzlich die Vertreter der Medien, doch das Wahlgeheimnis zu wahren. (Beifall)

Jetzt hat die Vorsitzende des Wahlausschusses das Wort zur Bekanntgabe des ersten Ergebnisses.

Frau Ingrid Frömmig, Vorsitzende des Wahlausschusses: Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlganges, Wahl zum Parteivorsitzenden, bekannt. Es wurden insgesamt abgegeben 969 Stimmzettel, davon waren ungültig 19 Stimmzettel, somit gültige Stimmen: 950. Von den 950 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf Dr. Theo Waigel 889 Stimmen.

(Langanhaltender Beifall)

Nein-Stimmen: 52 ,und sonstige Stimmen: 9.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich frage Theo Waigel, ob er die Wahl annimmt und gratuliere ihm zu dem Ergebnis.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Parteivorsitzender Dr. Waigel: Ich nehme die Wahl an. Ich danke Ihnen für dieses großartige Vertrauen. Mit diesem Vertrauen ausgestattet werde ich meine ganze Kraft in den nächsten zwei Jahren der Christlich-Sozialen Union widmen. - Vielen Dank. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Meine Damen und Herren, wir können mit den Wahlgängen fortfahren.

Ich rufe auf den nächsten Wahlgang für einen stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ich schlage vor, daß wir uns jetzt dem Vorschlag **Monika Hohlmeier** zuwenden. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Ich sehe keine Wortmeldung. Dann ist einziger Vorschlag für diesen Wahlgang Monika Hohlmeier. Es kommt der Stimmzettel Nummer 3, gelb, zur Verwendung. Ich bitte, die Stimmzettel auszufüllen und mit dem Einsammeln zu beginnen. - Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.

Wir fahren fort mit der dritten Position. Vorgeschlagen ist Frau Staatssekretärin Barbara Stamm. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich den orangefarbenen Stimmzettel Nummer 4 zu verwenden, auszufüllen und mit dem Einsammeln zu beginnen. - Ich schließe den Wahlgang und bitte auszuzählen.

Wir kommen zum letzten stellvertretenden Parteivorsitzenden. Vorgeschlagen ist Herr Dr. Ingo Friedrich, Mitglied des Europäischen Parlaments. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Wir verwenden den hellgrünen Stimmzettel Nummer 5. Ich bitte, den Stimmzettel auszufüllen und mit dem Einsammeln zu beginnen.

Ich schließe den Wahlgang und bitte mit dem Auszählen zu beginnen.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Ich unterbreche jetzt den Wahlvorgang, denn wir erwarten in wenigen Minuten den Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl. Nach dem Grußwort des Bundeskanzlers hören wir die Wahlergebnisse und fahren mit den Wahlgängen fort. Das läßt sich zeitlich nicht anders machen.

Es folgt das Grußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, der Beifall hat Ihnen mehr als Worte gezeigt, wie sehr Sie uns heute aus dem Herzen gesprochen haben. Wir danken Ihnen sehr dafür. Ich glaube, wir brauchen alle immer wieder diese Aufmunterung, die uns auch die gemeinsame Kraft zeigt. Wir wissen ja, daß in einer Koalition den richtigen Worten oft die Taten nicht so schnell folgen können, wie wir uns das wünschen. Deshalb wollen wir nächstes Jahr in Bayern auch weiterhin auf diesen Luxus verzichten, uns eine Koalition leisten zu müssen. (Beifall)

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg dieser gemeinsam als richtig erkannten Ziele. Keine Hemmungen, das wäre falsch. Wir haben vor uns große Aufgaben, und ich bin sicher, wir werden sie so meistern, daß wir Ende nächsten Jahres gemeinsam Erfolge einfahren, die es uns ermöglichen, in unserem Land weiter die Politik zu gestalten. Dazu Mut, Gesundheit, Erfolg und herzlichen Dank, daß Sie hier waren. (Beifall)

Meine Damen und Herren, ich nehme den unterbrochenen **Tagesordnungspunkt** 12 wieder auf und erteile das Wort Frau Jungkunz zur Bekanntgabe der Ergebnisse.

Frau Jungkunz: Liebe Parteifreunde, ich gebe Ihnen das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt. Als erstes das **Wahlergebnis für Gerold Tandler**. Es wurden insgesamt 931 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 107

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

ungültig, gültig somit 824 Stimmzettel. Von den 824 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt Herr Gerold Tandler 643. Mit "Nein" votierten 161. Sonstige: 20 Stimmzettel. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich frage Gerold Tandler, ob er die Wahl annimmt.

Stellvertretender Parteivorsitzender Gerold Tandler: Meine Damen und Herren, ich danke sehr herzlich für dieses Vertrauen. Unter den gegebenen Umständen war das ein Ergebnis, für das ich Ihnen ganz herzlich danke. Sie können versichert sein, ich werde alles in meinen Kräften Stehende tun, um dies zu rechtfertigen. - Danke. (Beifall)

Frau Jungkunz: Zweiter Wahlgang, **Wahlergebnis für Frau Monika Hohlmeier**. Insgesamt abgegeben 981 Stimmzettel, davon waren 68 ungültig, somit gültig 913 Stimmzettel. Von den 913 abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf Frau Monika Hohlmeier 795. Mit "Nein" stimmten 111 Delegierte. Sonstige Stimmzettel: 7. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich frage Frau Hohlmeier, ob sie die Wahl annimmt.

Stellvertretende Parteivorsitzende Monika Hohlmeier: Ja, ich nehme die Wahl an. Vielen herzlichen Dank. (Beifall)

Frau Jungkunz: Wahlgang Nummer 3, **Wahlergebnis für Frau Barbara Stamm**. Es wurden insgesamt abgegeben 977 Stimmzettel. Davon waren 47 ungültig, somit 930 gültige Stimmen. Auf Frau Barbara Stamm entfielen 848 Stimmen. (Lebhafter Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich frage Frau Stamm, ob sie die Wahl annimmt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Stellvertretende Parteivorsitzende Barbara Stamm: Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr sehr herzlich für das große Vertrauen. Es ist mir eine sehr große Verpflichtung. (Beifall)

Frau Jungkunz: Ich vervollständige die Angaben. Mit "Nein" votierten 76 Delegierte. Sonstige Stimmzettel: 6.

Wahlgang Nummer 4, **Wahlergebnis für Dr. Ingo Friedrich**. Insgesamt wurden 973 Stimmzettel abgegeben, davon ungültig 47, somit 926 gültige Stimmen. Es entfielen auf Dr. Ingo Friedrich 847 Stimmen. (Beifall) Mit "Nein" stimmten 68 Delegierte. Sonstige Stimmen: 11

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich frage Herrn Friedrich, ob er die Wahl annimmt.

Stellvertretender Parteivorsitzender Dr. Friedrich: Frau Vorsitzende, ich nehme die Wahl an und betrachte es als Verpflichtung, bei der Europawahl für unsere CSU mit einem hervorragenden Ergebnis nach Hause zu kommen. Wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich gratuliere namens des Parteitags allen Gewählten sehr herzlich und wünsche der neuen Mannschaft oder sagen wir besser dem neuen Team guten Erfolg, gute Zusammenarbeit und Freude an dieser Tätigkeit.

Wahl der zwei Schatzmeister

Wir kommen jetzt zur Wahl der Schatzmeister. Um es einfach zu machen, werde ich bei unstrittigen Wahlgängen gleich selbst die vorliegenden Vorschläge vortragen. Das ist in diesem Fall zum einen die Wiederwahl von Dr. Kurt Faltlhauser. Und der Herr Parteivorsitzende möchte nun zur

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

freien Position etwas sagen. Ich erteile dem Parteivorsitzenden das Wort.

Parteivorsitzender Dr. Waigel: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir machen zwei Vorschläge, und zwar zum einen schlagen wir für diese Position wieder den bewährten Schatzmeister und Bundestagsabgeordneten Dr. Kurt Faltlhauser vor. Nun hat Otto Wiesheu aus gutem Grund gesagt, man möge bitte davon absehen, ihn nochmals zum Schatzmeister vorzuschlagen, weil das zu Interessenkonflikten in seiner Position als Wirtschaftsminister führen könnte.

Wir haben uns die Sache gut überlegt. Wir haben nun die Möglichkeit einen zweiten Schatzmeister zu wählen, der in das oberste Führungsgremium der Partei zusätzlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverstand von außen einbringen kann. Wir haben uns viel Mühe gemacht. Ich glaube, wir können Ihnen einen ganz hervorragenden Vorschlag machen, nämlich Prof. Dr. Christian Seidel. Meine Damen und Herren, Prof. Seidel ist der Sohn unseres hochverehrten früheren bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Hanns Seidel.

Er hat einen glänzenden beruflichen Werdegang hinter sich. Nach Gymnasium in Aschaffenburg und München, Studium der Volkswirtschaft in München und Hamburg und an der London School of Economics, Erlangung des Diplom-Volkswirtes und des Doktorgrades der Volkswirtschaft ist Prof. Seidel seit 1978 Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG. Er ist Honorarprofessor der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Justus-Liebig-Universität zu Gießen, Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse und des Bayerischen Verdienstordens.

Ich bin sehr froh, Herr Prof. Seidel, daß Sie bereit sind, in einer Zeit, wo so viele aussteigen, wo so viele im

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Bereich von Wirtschaft und Banken nicht bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, daß Sie in der Sekunde bereit sind, das Amt des Schatzmeisters in der CSU zu übernehmen. Herzlichen Dank für diese Bereitschaft. (Beifall)

Damit repräsentiert Prof. Seidel theoretische wie praktische Erfahrung der Wirtschaft. Ich glaube, daß wir mit Kurt Faltlhauser und Prof. Seidel gute Vorschläge machen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die beiden Vorschläge bestätigen würden. - Vielen Dank.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Es sind jetzt zwei Vorschläge gemacht. Ehe ich nach weiteren Vorschlägen Frage, sollten wir uns darüber einigen, ob wir Einzel- oder Sammelabstimmung durchführen wollen. Ich schlage Sammelabstimmung vor und frage, wer mit Sammelabstimmung einverstanden ist. - Das ist die ganz überwältigende Mehrheit. Wer ist dagegen? - Niemand. Enthaltungen? - Auch nicht.

Jetzt frage ich, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, den Stimmzettel Nummer 6, hellblau, zu verwenden und entweder einen oder beide Namen oder ein schlichtes "Ja", das dann für beide gelten würde, draufzuschreiben. Ich bitte, mit dem Einsammeln des Stimmzettels Nummer 6 zu beginnen. Gleichzeitig bitte ich, den Stimmzettel Nummer 7 aus Ihrem Stimmblock zu entfernen, damit bei der nächsten Abstimmung nicht irgendwelche Schwierigkeiten auftreten.

Es ist gebeten worden, Herr Prof. Seidel möge sich vorstellen. Wenn Sie vielleicht so freundlich sind, heraufzukommen und ein paar Sätze zu sagen.

Prof. Seidel: Meine Damen und Herren, Diskretion ist eine der Haupttugenden der Bankiers. Wie so viele Tugenden, so ist auch diese in Vergessenheit geraten. Ich selbst versuche

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

sie hochzuhalten, zu pflegen und deshalb bin ich Ihnen vielleicht nicht bekannt und deshalb stelle ich mich auch sehr gerne vor.

Herr Minister Waigel hat die wesentlichen Daten meines Lebens genannt. Sie werden sich vielleicht fragen angesichts dieses Lebenslaufes: Wie hältst du's mit der Politik, wie war dein bisheriges Engagement in der Politik? So kann ich sagen, daß es in frühen Jahren natürlich als Sohn meines Vaters, obwohl der Wille zum aktiven Engagement da war, sehr schwierig war. Man war, wenn man gut war, entweder das Protektionskind, oder wenn man schlecht war, und das soll ja auch vorkommen, sagte man, für den hat's nicht gereicht. Mein eigentliches Engagement, insbesondere in der Sozialpolitik beruhte darin, daß mir die Dresdner Bank die Gestaltung der Personalpolitik anvertraut hat und damit die Verantwortung für 40 000 Menschen. Und ich war in dieser Eigenschaft 14 Jahre lang der Arbeitsdirektor nach dem Betriebsverfassungsgesetz und aus dieser Eigenschaft heraus verantwortlich für unsere Tarifpolitik.

Es würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn ich im Falle einer Wahl im Laufe der Zeit Ihre Erwartungen in dieser Funktion erfüllen könnte. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Vielen Dank, Herr Prof. Seidel. Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Stimmzettel einzusammeln. - Inzwischen sind 1055 Delegierte anwesend. Ein Spitzenergebnis an Teilnahme, wie wir es kaum je hatten. Ein Dank allen, die dieses Wochenende opfern. - Sind alle Stimmzettel eingesammelt? - Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, auszuzählen.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Wahl der zwei Schriftführer

Ich schlage Ihnen vor, daß wir auch diese Wahl in Sammelabstimmung durchführen, weil es dann schneller gehen wird. Erhebt sich dagegen Widerspruch. - Ich sehe keinen. Dann wird so verfahren.

Zur Wiederwahl sind vorgeschlagen Dr. Werner Schnappauf, Landrat, und Frau Prof. Ursula Männle, Mitglied des Bundestags. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, den gelben Stimmzettel Nummer 8 zu verwenden und entweder einen oder beide Namen oder ein gemeinsames "Ja" darauf zu schreiben. Ich bitte auch gleichzeitig den orangefarbenen Stimmzettel Nummer 9 aus dem Stimmzettelblock zu entfernen, um Verwechslungen zu vermeiden.

- Sind noch irgendwo Stimmzettel abzuholen? - Ich glaube, jetzt sind alle Stimmzettel eingesammelt. Ich schließe damit den Wahlvorgang und bitte, auszuzählen.

Wahl der 30 weiteren Mitglieder

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zur Wahl der 30 weiteren Mitglieder. Es ist Einzel- oder Sammelabstimmung möglich. Zur Wahl ist die relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Eine Einzelabstimmung verbietet sich wohl von selbst. Ich möchte Ihnen den Vorschlag unterbreiten, mit dem wir in den letzten Jahren, glaube ich, relativ rasch zu Ergebnissen gekommen sind, nämlich die Abstimmung in zwei Blöcken, wonach zunächst 10 Vertreter der jeweiligen Bezirksverbände gewählt werden, in der Regel die Bezirksvorsitzenden, und dann in einem weiteren Wahlgang 20 weitere Mitglieder des Parteivorstandes. Ich lasse über diese Modalität zunächst abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. -

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich bin gebeten worden, Ihnen diese 10 Vorschläge der Bezirksverbände gleich bekanntzugeben. Sie werden wohl auch auf der Leinwand erscheinen, wie ich hoffe.

Es sind die Bezirksvorsitzenden mit zwei Ausnahmen. Ich erkläre auch gleich, warum. In Niederbayern und in Unterfranken ist ein stellvertretender Bezirksvorsitzender vorgeschlagen, weil zum einen der Generalsekretär kraft Amtes und auch der Landesgruppenvorsitzende Glos kraft Amtes sowieso Mitglied des Parteivorstandes sind, so daß für diese beiden Positionen je ein stellvertretender Bezirksvorsitzender vorgeschlagen wird.

Ich lese Ihnen ohne Wertigkeit der einzelnen Bezirke bei der Reihenfolge die Namen vor:

München	Dr. Peter Gauweiler
Oberbayern	Dr. Max Streibl
Niederbayern	Dr. Herbert Huber
Oberpfalz	Dr. August Lang
Oberfranken	Dr. Georg Frhr. von Waldenfels
Nürnberg/Fürth	Dr. Günther Beckstein
Mittelfranken	Carl-Dieter Spranger
Unterfranken	Hermann Leeb
Augsburg	Bernd Kränzle
Schwaben	Alfons Zeller

Ich frage der Form halber, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, den grünen Stimmzettel Nummer 10 zu verwenden, der 10 Positionen frei hat. Es müssen fünf Namen darauf enthalten sein, und es dürfen nicht mehr als zehn sein. Man kann sich aber auch mit einem einzigen "Ja" den Vorgang erleichtern. Ich bitte, den

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Stimmzettel auszufüllen, und dann mit dem Einsammeln zu beginnen.

Wir müssen uns darauf einigen, in welcher Form die bei mir vorliegenden 30 - und jetzt wahrscheinlich noch einige mehr - Vorschläge für die 20 weiteren Beisitzer gemacht werden sollen. Angesichts der vorgerückten Zeit habe ich mir vorgestellt, wir sollten auf den Auftritt der Vorschlagenden verzichten. Wir hätten die Namen aller Vorgeschlagenen in einer Urne vorbereitet, aus der sie ohne alphabetische oder sonstige Reihung per Zufall gezogen werden. Die Namen werden dann hier bekanntgegeben, dann kann noch jeder und jede aufstehen, und Sie sehen, wer der Kandidat oder die Kandidatin ist. Das ist mal was Neues, das muß ich zugeben, aber ich denke, es wäre das Effizienteste für heute. Man sieht nicht die Vorschlagenden, sondern man sieht die Bewerber. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Was wir nicht brauchen, das ist eine Geschäftsordnungsdebatte, um diese Randbemerkung zu machen. Ich bitte, aufzuzeigen, wer mit dieser neuen Möglichkeit einverstanden ist. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einer Handvoll Gegenstimmen und einer Handvoll Enthaltungen so beschlossen. Ich werde mich bemühen, das möglichst gerecht durchzuziehen. Wer noch einen Vorschlag machen will, der bisher dem Präsidium nicht bekannt ist, möge diesen Namen mit paar Worten zu dem Bewerber oder der Bewerberin und von wem er oder sie unterstützt wird noch einreichen, dann tun wir den Namen noch in die Urne. Das Wort hat Theo Waigel.

<u>Parteivorsitzender Dr. Waigel:</u> Liebe Mathilde, weil ich technisch nicht begabt bin und nicht weiß, wie man das einwirft, darf ich als einzigen, und ich bitte um großes Verständnis, noch Franz Neubauer vorschlagen. Aus dem Gesichtspunkt der Heimatvertriebenen brauchen wir ihn im Landesvorstand. Ich bitte Sie sehr sehr herzlich. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Infolge deines guten Wahlergebnisses wird dir dieses genehmigt. Ich denke, wir schreiben Franz Neubauer als ersten auf die Vorschlagsliste.

Ich wollte es eigentlich hinterher sagen, weil man zuerst die Vorschläge macht und dann über das Verfahren redet. Sie verwenden den großen, grünen Stimmzettel, der 20 freie Rubriken enthält. Ich wollte es deswegen nicht gleich sagen, weil, wenn Sie jetzt gleich zu schreiben anfangen und es sind 30 Bewerber, dann ist der Zettel voll, und dann kommt vielleicht am Schluß noch jemand, den Sie wählen möchten. Ich bitte Sie, sich das vor Augen zu halten.

Und jetzt bitte ich, mir die Namen zuzureichen.

Dr. Ingrid Fickler, unterstützt durch den Bezirksverband Schwaben und die Frauenunion,

Ist Frau Dr. Fickler da und läßt sich kurz sehen? - Bitte schön, Frau Dr. Fickler!

Peter Keller, MdB, Landesvorsitzender der CSA, unterstützt durch den Bezirksverband Unterfranken und die CSA,

Ernst Hinsken, MdB, unterstützt durch den Bezirksverband Niederbayern und die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand,

Maria Eichhorn, MdB, unterstützt durch den Bezirksverband Oberpfalz und die Frauenunion,

Alfred Dick, MdL, unterstützt durch den Bezirksverband Niederbayern,

Erwin Altmannsberger, unterstützt durch die Junge Union Oberbayern,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Maren Günther, MdEP, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern und die Frauenunion,

Gerhard Bletschacher, Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat, unterstützt durch den Bezirksverband München,

Reinhold Bocklet, Landwirtschaftsminister, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern und die Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft,

Gudrun Grieser, Oberbürgermeisterin von Schweinfurt, unterstützt durch den Bezirksverband Unterfranken und die Frauenunion,

Josef Miller, MdL, Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft, unterstützt durch den Bezirksverband Schwaben,

Peter Schnell, Oberbürgermeister von Ingolstadt, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern,

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern,

Wolfgang Gröbl, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern,

Eduard Lintner, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, unterstützt durch den Bezirksverband Unterfranken,

Albert Füracker, Junge Union,

Alfred Sauter, MdL, Staatssekretär, unterstützt durch den Bezirksverband Schwaben,

Klaus-Dieter Breitschwert, unterstützt durch die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, stellvertretender

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Landesvorsitzender der AGM, unterstützt vom Bezirksverband Mittelfranken,

Ignaz Kiechle, MdB, unterstützt durch den Bezirksverband Schwaben.

Herr Breitschwert, bitte.

Breitschwert: Ich kandidiere nicht. Das ist ein Mißverständnis. Es war eine Wortmeldung zu einer späteren Unterstützung.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Es ist nur so, es soll ja Unterstützungen mündlicher Art nicht geben.

Breitschwert: Dann ziehe ich die Wortmeldung zurück. Es war kein Vorschlag meinerseits.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Ich fahre mit den Namen fort.

Dr. Wolfgang Bötsch, MdB, Bundespostminister, unterstützt durch den Bezirksverband Unterfranken,

Dr. Gebhard Glück, MdL, Staatsminister, unterstützt durch den Bezirksverband Niederbayern,

Marianne Deml, MdL, Staatssekretärin, unterstützt durch den Bezirksverband Oberpfalz und die Frauenunion,

Ernst Pöppl, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern und die CSU,

Hans Zehetmair, MdL, Staatsminister und Stellvertretender Ministerpräsident, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Christian Schmid, MdB, unterstützt durch den Bezirksverband Mittelfranken und Nürnberg/Fürth,

Michaela Geiger, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern und die Frauenunion,

Bernd Edelmann, unterstützt durch den Bezirksverband Oberfranken und die Junge Union,

Dr. Gabriele Pauli-Balleis, Landrätin, unterstützt durch den Bezirksverband Nürnberg/Fürth und die Frauenunion,

Dr. Gerhard Müller, MdEP, unterstützt durch den Bezirksverband Schwaben,

Dr. Otto Wiesheu, MdL, Staatsminister, bisheriger Schatzmeister, unterstützt durch den Bezirksverband Oberbayern,

Rudolf Kraus, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär, unterstützt durch den Bezirksverband Oberpfalz.

Meine Damen und Herren, weitere Vorschläge sehe ich nicht. Dann bitte ich, mit dem Ausfüllen des großen, grünen Stimmzettels zu beginnen. Mindestens 10 Stimmen und nicht mehr als 20! - Ich schließe den Wahlgang und bitte, mit dem Auszählen zu beginnen. Ich bitte Sie alle, noch ein paar Minuten dazubleiben. Wir müssen noch den Revisor und Kassenprüfer wählen, was man durch Akklamation tun kann.

TOP 13: Wahl des Revisors und der beiden Kassenprüfer gemäß § 22 Abs. 2 g) der Satzung

Als Revisor wird neu vorgeschlagen, MdL **Albert Schmid** aus Augsburg, der leider nicht da sein kann, aber die Annahme

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

der Wahl erklärt hat. Nachdem das ja keine so gefragten Arbeiten sind, muß man eigentlich froh sein, daß er dazu bereit ist. Ich frage aber trotzdem, werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Besteht Einverständnis damit, daß die Abstimmung per Akklamation durchgeführt wird? - Ja. Wer für Albert Schmid als Revisor ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. - Danke. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig gewählt.

Als **Kassenprüfer** steht zur Wiederwahl an **Rudi Daum**, Stockheim, Oberfranken, und als neuer Vorschlag Bürgermeister **Lambert Huber** aus Buch am Erlbach in Niederbayern. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Ich sehe keine. Besteht Einverständnis, daß die Wahl per Akklamation durchgeführt wird. - Ganz offensichtlich. Dann bitte ich, diejenigen die Stimmkarte zu erheben, die mit beiden Vorschlägen einverstanden sind. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei ein oder zwei Gegenstimmen, wenn es eine war, so beschlossen.

Meine Damen und Herren, soweit ich das jetzt überblicke, sind wir am Ende unserer umfangreichen Wahlen. Es ist nur die Frage, ob nicht eine Stichwahl notwendig wird bei den 20 Beisitzern. Wir werden sehen, wie es weitergeht. Auf jeden Fall haben wir noch zunächst den Tagesordnungspunkt 15 Verschiedenes, wobei der Dringlichkeitsantrag Nummer 1 vorliegt.

TOP 15: Verschiedenes

Dringlichkeitsantrag Nr. 1

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Wird zur Begründung das Wort gewünscht? Das Wort hat der Landesgruppenvorsitzende Michael Glos.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Glos, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag: Meine Damen und Herren, ich hätte zu diesem Dringlichkeitsantrag eine Kompromißformulierung, die vor allen Dingen klarstellt, daß wir von der CSU eine einmal getroffene Entscheidung des Deutschen Bundestages nicht generell wieder in Frage stellen wollen. Deswegen möchte ich Ihnen die Formulierung vorschlagen:

> Die CSU stellt den Umzug nach Berlin nicht in Frage. Wir fordern den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, dabei eine kostengünstige Lösung zu wählen und den Zeitplan nach Arbeitsfähigkeit und Effizienz zu bestimmen.

Wir werden uns morgen in der Landesgruppe damit befassen und werden selbstverständlich darauf dringen, daß nicht das Tempo vorgeht, daß nicht diejenigen, die in einer Art Hurra-Patriotismus, in einem Par-force-Ritt nach Berlin gehen wollen, das Sagen haben, sondern daß vor allen Dingen die dabei sorgfältig zu praktizierende Haushaltskontrolle, die Kostengünstigkeit und auch die Tatsache, daß Provisorien möglichst vermieden werden, die entscheidenden Kriterien sind. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu der von mir vorgetragenen Formulierung. - Danke schön.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Nächste Wortmeldung, Maria Eichhorn, MdB.

Delegierte Frau Eichhorn: Ich bedauere, daß ich das Ganze noch ein bißchen in die Länge ziehen muß. Lieber Herr Landesgruppenvorsitzender, ich muß leider gegen Sie sprechen. Die Initiatoren des Antrags wollten mit diesem Antrag ganz bewußt ein Signal nach Bonn senden, um zu sagen, daß unter den Gesichtspunkten, unter denen jetzt der Umzug diskutiert wird, nämlich daß schnell nach Berlin umgezogen werden soll, das zur jetzigen Zeit nicht verantwortbar ist.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Ich bitte sehr sehr herzlich die Delegierten des Parteitags für den Antrag zu stimmen, wie er vorliegt.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Das Wort hat der Delegierte Günther Müller.

Delegierter Günther Müller: Liebe Delegierte, im Einigungsvertrag, der die Grundlage dieses Beschlusses des Deutschen Bundestages war, steht, daß nach Vollendung der Einheit Deutschlands die gesetzgebenden Körperschaften darüber entscheiden sollen, wo der Sitz von Regierung und Parlament ist. Dieser Beschluß wurde viel zu früh gefaßt, denn wir wissen alle, daß die Einheit Deutschlands noch nicht vollendet ist, sonst hätten wir ja nicht diese Probleme. Deswegen müssen wir ein klares Signal setzen. Dieses Signal wird durch diesen Antrag ausgedrückt. Ich möchte nachhaltig die Kollegin Eichhorn unterstützen und die Delegierten bitten, hier eine klare Entscheidung zu treffen. Die Wähler, die Bevölkerung in Bayern wartet darauf, daß die CSU klar und deutlich ihre Meinung sagt. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Nächste Wortmeldung, Herr Singhammer.

Delegierter Singhammer: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich für den Antrag des Landesgruppenchefs aussprechen. Die CSU war immer die Partei der Einheit und des gehaltenen Worts. Berlin als Hauptstadt wird die Klammer sein, die Ost- und Westdeutschland zusammenführt. Die Bürger dort vertrauen darauf. Wir haben dies in mehreren Entschließungen versprochen. Wir können diese Entschließungen jetzt nicht wieder umstoßen. Deshalb plädiere ich nachdrücklich dafür, Berlin soll möglichst bald deutsche Hauptstadt werden, auch mit Regierungssitz. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Nächste Wortmeldung, Thomas Goppel.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Staatsminister Dr. Goppel: Ich bitte um Nachsicht. Ich möchte mich dem Antrag von Michael Glos und der Landesgruppe nachdrücklich anschließen, aus mehreren Gründen. Ich habe das Gefühl, daß die Diskussion um Berlin, wo wir ja mit einer Immobilie, einer umstrittenen zwar, aber immerhin vertreten sind und deswegen regelmäßig antreten, liebe Parteifreunde, längst nicht ausgereizt ist und daß es dringend erforderlich ist, zum Beispiel mal zu erörtern, ob und wann wir dorthin gehen, warum die leerstehenden Ministerialgebäude Ost nicht genutzt werden ohne großen Aufwand. Da gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, die nicht ausgereizt sind, und die müssen jetzt aus unserer Sicht forciert angegangen werden. Das ist viel vernünftiger, als den Berlinern insgesamt einen zweiten Fußtritt zu geben. Das können wir von München aus, von Bayern aus nicht.

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Nächste Wortmeldung, Herr Sackmann.

Delegierter Sackmann, Landesvorsitzender der JU: Herr Parteivorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte nur daran erinnern, daß im Parteiausschuß in Bad Kissingen bereits vom Parteiausschuß ein ähnlich lautender Antrag verabschiedet wurde, und zwar mit deutlicher Mehrheit. Es ist eigentlich nur eine Wiederholung dahingehend, daß man noch mal darauf hinweist, daß dieses Signal nach draußen gehen soll von diesem Parteitag. Deswegen bitte ich, den Initiativantrag, so wie er ursprünglich war, zu unterstützen. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Nächste Wortmeldung, der Parteivorsitzende.

Parteivorsitzender Dr. Waigel: Meine Damen und Herren, meine lieben Delegierten, keiner hat in den letzten Wochen so klar und deutlich gesagt, was geht und was nicht geht. Und die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

Kritik ist ja vor allem auf meinem Buckel vollzogen worden. Nur, wenn der Deutsche Bundestag sich entschließt, 1998 nach Berlin zu gehen und zu dem Zeitpunkt die Voraussetzungen dort im Reichstag da sind oder der Bundestag auch unter erschwerten Bedingungen dort tagt, dann kann ihm das niemand absprechen. (Beifall)

Das kann auch nicht ein Parteitag. Das kann allein der Bundestag für sich selber beschließen. Die Frage, wie der andere Umzug sich vollzieht, da bin ich gegen einen fixen Zeitraum. Da bin ich weder für den Zeitraum 98, noch 2000, sondern da müssen flexible Übergänge sein, die möglichst kostengünstig sind und von 98 bis 2002 ohne teure Provisorien stattfinden. Und insofern bitte ich Sie, diese Möglichkeit offen zu lassen. Daß ab 98 alles dort sei, wie es zum Teil vorgeschlagen wurde, das halte ich für illusionär. Es muß ein flexibler Übergang vollzogen werden. Geben Sie uns die Möglichkeit, das in der nächsten Woche entsprechend zur Geltung zu bringen. Darum plädiere ich mit allem Nachdruck für das, was Michael Glos vorgeschlagen hat. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von Michael Glos abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Das erstere war die Mehrheit. Damit ist der ursprüngliche Antrag erledigt, und es ist so beschlossen, wie Michael Glos vorgeschlagen hat.

Jetzt stehen wir also vor der Frage, ob wir auf den Beschluß zurückkommen wollen, daß die übrigen Anträge an den Parteiausschuß verwiesen werden, wie schon öfter geschehen. Ich würde sagen, wir sollten uns für diesen Weg entschließen. Denn, wenn ich mir so die Reihen anschaue, dann meine ich, wir sollten jetzt das Schlußwort des Parteivorsitzenden hören. Das wäre besser, als wenn dann der Parteitag mehr

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19931009-12

oder weniger in Auflösung begriffen ist. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Nein. Dann bitte ich den Parteivorsitzenden um sein Schlußwort.

Ich verabschiede mich von Ihnen. Sie haben in Zukunft keine Gelegenheit mehr, sich bei solchen Anlässen über mich zu ärgern. (Heiterkeit und Beifall)

Es folgt das Schlußwort des Parteivorsitzenden Dr. Waigel

Im Anschluß daran werden die weiteren Wahlergebnisse bekanntgegeben.

Frau Jungkunz: Liebe Parteifreunde, ich habe zwei weitere Wahlergebnisse bekanntzugeben, und zwar das **Ergebnis der Wahl der Schatzmeister**. Es wurden insgesamt abgegeben 871 Stimmzettel, davon waren 3 ungültig. Von den 868 Stimmen entfielen auf Dr. Faltlhauser 828 und auf Prof. Dr. Seidel 808. Mit "Nein" votierten 3 Delegierte. Sonstige: 1 Name.

Zweitens, **Wahlergebnis der Schriftführer**. Es wurden insgesamt abgegeben 827 Stimmzettel, davon 3 ungültig. Von den 824 gültigen Stimmen entfielen auf Frau Prof. Ursula Männle 760 Stimmen und auf Dr. Werner Schnappauf ebenfalls 760 Stimmen. (Beifall)

Tagungspräsidentin Dr. Berghofer-Weichner: Damit ist der Parteitag 1993 geschlossen. Die Wahlergebnisse werden draußen an den Schaltern ausgehängt, sobald sie eingetroffen sind.

Schluß des Parteitags: 16.18 Uhr

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP